

Die südkoreanische Innenpolitik: Schwerpunkte und Tendenzen

Manfred Pohl

1 Schwerpunkte der südkoreanischen Innenpolitik 1997/98 im Überblick

Mit Ablauf des Jahres 1997 neigte sich die Amtszeit Präsident Kim Young-sams ihrem Ende zu, es blieb ihm noch die Aufgabe, im Dezember die Wahlen für seinen Nachfolger fair und ohne größere Zwischenfälle zu begleiten, um dann die Amtsgeschäfte im Februar 1998 zu übergeben. Kim Young-sam hatte seine Amtszeit mit hohen Erwartungen der koreanischen Öffentlichkeit begonnen. Anfangs beeindruckte Kim auch durch energische Reformanstrengungen, die vor allem auf Beseitigung der verbreiteten Korruption in Politik, Verwaltung und Militär zielten; hier hatte der Präsident durchaus Erfolge zu verzeichnen. Aber eine Reihe von Skandalen in den letzten Monaten seiner Amtszeit ließen diese Erfolge verblassen. Ende 1997 erschien Kim Young-sam als schwacher Präsident, dessen Nachfolger Kim Dae-jung die Regierungsgeschäfte de facto schon übernommen hatte, bevor er formell in sein Amt eingeführt wurde. Kommentare in der südkoreanischen Presse lasteten Kim Young-sam die wachsenden Wirtschaftsprobleme an, die ökonomische Krise hätte alle positiven Ergebnisse der Präsidentschaft Kims ausgelöscht, hieß es (*Korea Herald/KH*, 24.2.98). Die Antikorruptionskampagnen seien in erster Linie gegen alte Gegner Kims gerichtet gewesen, die Apparate in Verwaltung und Militär seien nicht gesäubert worden, sondern Kim habe nur seine Gefolgsleute auf Posten geschoben; dabei habe er sich von regionalen Gesichtspunkten leiten lassen, was zur Verschärfung der regionalen Antipathien beigetragen habe.

Die südkoreanische Innenpolitik war für den Berichtszeitraum 1997/98 bereits geprägt von wahltaktischen Schachzügen, obwohl die Wirtschafts- und Finanzkrise wie ein bedrohlicher Schatten über dem Land lag. Die Bewerber um die Nachfolge Kim Young-sams bauten an ihrer organisatorischen Basis und suchten früh nach Verbündeten im Wahlkampf. Ende August ließ sich der ehemalige Bürgermeister von Seoul, Cho Soon, zum Vorsitzenden der Splitterpartei Democratic Party (DP) wählen, am 11. September nominierte ihn die DP als Präsidentschaftskandidaten. Zwei Tage später kündigte Rhee In-je, der Gouverneur von Kyonggi-do, an, die New Korea Party (NKP) zu verlassen, um mit einer eigenen Partei bei den Präsidentschaftswahlen anzutreten; Präsident Kim Young-sam legte den Vorsitz der NKP nieder, um Lee Hoi-chang Platz zu machen, der als offizieller Kandidat der NKP antreten wollte. Am 11. November verließ Kim auch die NKP, offensichtlich, um

Gerüchten entgegenzutreten, er favorisiere Rhee In-je (s.u.). Ende November fusionierten NKP und DP zur neuen Großen Nationalpartei (Hannara-dang, GNP), Cho Soon wurde Parteipräsident, Lee Han-dong Parteichef und Lee Hoi-chang gemeinsamer Präsidentschaftskandidat.

Im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen wurde das Wahlrecht novelliert: Das Parlament beschloß, bei Präsidentschaftswahlkämpfen Massenveranstaltungen im Freien zu verbieten, Zahlungen für politische Fonds wurden untersagt, und die Kautions für Präsidentschaftskandidaten wurde von 300 Mio. Won auf 500 Mio. Won erhöht (dieses Geld verfällt, wenn ein Kandidat nicht mindestens 10% der abgegebenen gültigen Stimmen erreicht).

Den schwersten Schlag seiner Amtszeit erhielt Kim Young-sam, als gegen einen seiner Söhne ein Strafverfahren wegen eben jener Straftatbestände eröffnet wurde, die der Präsident bekämpfen wollte: Die Staatsanwaltschaft forderte sieben Jahre Haft für Kim Hyun-chul, seinen zweitältesten Sohn, wegen passiver Bestechung und Steuerhinterziehung. Kim Hyun-chul hatte hinter den Kulissen beträchtlichen politischen Einfluß ausgeübt und sich seine politischen Interventionen offenbar großzügig „vergolden“ lassen (KH, 24.2.98). Die Strafverfolgungsbehörden warfen Kim jun. vor, zwischen 1993 und 1996 von sechs Geschäftsleuten insgesamt 6,6 Mrd. Won (7,3 Mio. US\$) erhalten zu haben, davon 3,27 Mrd. Won als direkte Bestechungsgelder. Schließlich forderte die Staatsanwaltschaft auch eine Geldstrafe in Höhe von 1,5 Mrd. Won (1,6 Mio. US\$); aus seinem Vermögen wurde eine Summe von 3,27 Mrd. Won (3,5 Mio. US\$) zurückgefordert, die er nach Auffassung der Anklagebehörden von Unternehmen gegen die Gewährung von Vorteilen erhalten haben sollte. Die Staatsanwaltschaft wertete den Bestechungsfall als besonders schwerwiegend, da zum erstenmal ein Mitglied der Präsidentenfamilie unmittelbar in einen Korruptionsfall verwickelt war (*Newsreview*, 27.9.97:4/5).

Das Bezirksgericht Seoul schloß sich der Einschätzung der Straftatbestände durch die Staatsanwaltschaft an und befand Kim Hyun-chul der passiven Bestechung und der Steuerhinterziehung für schuldig; aber Kim jun. wurde nur zu drei Jahren Haft und zu einer Geldstrafe in Höhe von 1,44 Mrd. Won (1,57 Mio. US\$) verurteilt, an Bestechungsgeldern sollten 524 Mio. Won beschlagnahmt werden. Die Richter begründeten ihren Schuldspruch und das Strafmaß, das deutlich unter der Forderung der Staatsanwaltschaft lag, mit dem Hinweis, daß hier zum erstenmal ein Angeklagter wegen Steuerhinterziehung in Zusammenhang mit politischen Spendengeldern verurteilt worden sei und es also keine Präzedenzfälle gebe. Kim Hyun-chul hatte vor Gericht den Empfang von Geldern aus Unternehmerkreisen zugegeben, aber bestritten, daß es sich um Bestechungsgelder gehandelt habe (*Newsreview*, 18.10.97:5). Er legte gegen das Urteil Berufung ein, und wenige Tage nach der Urteilsverkündung wurde er gegen Kautions auf freien Fuß gesetzt (*Mainichi Shimbun*, 4.11.97; KH, 4.11.97).

2 Die Präsidentenwahlen 1997: Kim Dae-jung siegt im vierten Anlauf

2.1 Die Vorphase des Wahlkampfes: Taktisches Positionieren - Die einzelnen Kandidaten

Die taktischen Positionierungen im Vorfeld des Präsidentschaftswahlkampfes begannen schon im September sichtbar zu werden: Präsident Kim Young-sam kündigte an, er werde Ende September sein Amt als Präsident der Regierungspartei New Korea Party (NKP) an den Parteichef und Präsidentschaftskandidaten Lee Hoi-chang übergeben. Dieser Termin lag früher als ursprünglich geplant (Anfang Oktober), und die Maßnahme wurde allgemein als Versuch Kims gewertet, die Wahlaussichten Lees zu steigern. Die Popularität des Parteichefs hatte seit seiner offiziellen Nominierung im Juli in der Öffentlichkeit stark gelitten, und aus den Reihen der eigenen Partei regte sich Widerstand gegen ihn, vor allem die reformorientierte sog. „Minju-Gruppe“ in der NKP widersetzte sich der Kandidatur Lees (*Newsreview*, 20.9.97:9). Ein Treffen der Parteispitze im Präsidentenpalais Chong Wa Dae, also der persönliche Einsatz Kim Young-sams, war offensichtlich notwendig, um zu unterstreichen, daß Lee der unangefochtene Kandidat der NKP sein würde.

Lees Ansehen hatte nach seiner Nominierung am 21. Juli stark gelitten, weil durchgesickert war, daß seine Söhne den Wehrdienst umgehen konnten (unausgesprochen wurde natürlich vermutet: durch den Einfluß des Vaters, immerhin früher Ministerpräsident und Richter am Obersten Gerichtshof, s.u.). Die Zustimmungsrate von über 50% bei seiner Nominierung war Anfang September auf unter 20% gesunken.¹ Überdies hatten Lees innerparteiliche Rivalen sich beharrlich geweigert, seine Kandidatur zu unterstützen. Kims Ankündigung, Lee zum Parteipräsidenten zu machen, sollte die Riege der Gegner Lees in der NKP zum Schweigen bringen (*Newsreview*, 13.9.97:8). Die demonstrative Rückendeckung durch den Präsidenten war dringend nötig, weil Lee wenige Tage zuvor vom Staatspräsidenten durch eine Ablehnung brüskiert worden war, als er die baldige Begnadigung der Expräsidenten Roh Tae-woo und Chun Doo-hwan vorschlug (*Newsreview*, 6.9.97:6). In einem Versuch, die sinkende Popularität seines Vaters wieder zu erhöhen, begann Lees ältester Sohn, Lee Jung-yon, in einer Lepra-Kolonie auf einer kleinen Insel vor der koreanischen Küste zu arbeiten (ebd.).

Ein weiterer Versuch Kim Young-sams, Lee zu stützen und das Image eines fairen und distanzierten Wahlleiters zu erzeugen, war sein Austritt aus der NKP am 7. November; zu dem Austrittsentschluß mag auch beigetragen haben, daß Kim den Eindruck verwischen wollte, er stütze längst insgeheim Rhee In-je, den damals aussichtsreichsten Herausforderer Lees aus dem Regierungslager. In einer Ansprache an die Nation betonte der Präsident, er wolle sich für saubere Wahlen ohne gegenseitige

¹ Die beiden Söhne sollen bewußt eine Abmagerungskur gemacht haben, um das Mindestgewicht für den Militärdienst (28 Monate) zu unterschreiten.

Schmutzkampagnen und illegale Wahlkampfpraktiken einsetzen; besonders enttäuscht zeigte er sich darüber, daß Kritik am Präsidenten zur Waffe im Wahlkampf geworden sei. Schließlich war Kims Austritt aus der NKP auch eine verspätete Konzession an Lee Hoi-chang, der zuvor bereits gefordert hatte, daß Kim die NKP verläßt, um nicht in die zunehmend negative Bewertung des Präsidenten in der Öffentlichkeit hineingezogen zu werden. Der Präsident hatte dieses Ansinnen damals schroff abgelehnt und betont, seine weitere Mitgliedschaft in der NKP würde ihn nicht davon abhalten, faire Wahlen durchzuführen (*Newsreview*, 15.11.97:7-8).

Prominentester Gegner Lee Hoi-changs war zweifellos der Gouverneur der Provinz Kyonggi, Rhee In-je, der selbst frühzeitig Ambitionen auf das Präsidentenamt Südkoreas signalisiert hatte, als er noch in der NKP war; in mehreren Gesprächen mit Lee weigerte sich Rhee konsequent, öffentlich auf eine Kandidatur zu verzichten, nachdem Lee nominiert worden war. Seine Ambitionen wurden noch durch den Rücktritt als Gouverneur von Kyonggi unterstrichen; die Gefahr einer Spaltung des Stimmenblocks für Lee Hoi-chang drohte. Der Exgouverneur war im Juli gegen Lee in der Wahl zum Parteichef der NKP unterlegen, konnte sich aber in der NKP auf eine starke Sympathisantengruppe stützen und genoß in Partei und Öffentlichkeit große Sympathie, die auch nicht durch seinen Austritt aus der NKP beeinträchtigt wurde. Noch nie zeigte sich eine Regierungspartei im Vorfeld von Präsidentenwahlen so offenkundig zerstritten.

Rhee In-je war in den Regionalwahlen von 1995 Gouverneur der bevölkerungsreichen Provinz Kyonggi geworden, die er zu seiner regionalen Basis machen konnte. Er hatte zuvor Kim Young-sam als Berater gedient und war zeitweilig Arbeitsminister. Als Grund für seinen Rücktritt nannte Rhee den „Wunsch der Bevölkerung nach politischem Wandel“; zu diesem Zweck wollte er sich „politischen Aktivitäten zuwenden“, eine Ankündigung, die im Lager Lees nur als Vorbereitung auf eine Kandidatur gewertet werden konnte. Andererseits war es durchaus möglich, daß die Popularität Rhees absacken würde, wenn er kandidierte, denn damit hätte er sein Versprechen gebrochen, die Entscheidung der NKP über den Präsidentschaftskandidaten zu akzeptieren (*Newsreview*, 13.9.97:9).

Am 4. November gründete Rhee eine eigene Partei, die New Party by the People (NPP); in den Reihen der neuen Partei fanden sich einige prominente ehemalige Politiker der NKP und der kleinen DP. Die NPP wählte Rhee zu ihrem Präsidentschaftskandidaten, der frühere NKP-Ministerpräsident Lee Soo-sung, der Lee Hoi-chang in der NKP beim Rennen um die Nominierung ebenfalls unterlegen war, wurde Wahlkampfmanager (*Newsreview*, 8.11.97:8-9). Insgesamt sieben ehemalige NKP-Politiker schlossen sich unmittelbar nach Parteigründung der NPP an, darunter mehrere enge Vertraute Präsident Kims, was zu Gerüchten Anlaß gab, der Präsident dränge insgeheim darauf, Rhee zu unterstützen, darauf spielte zumindest der Sprecher des NCNP an (ebd.:9).

Nur selten hat es in der Geschichte koreanischer Wahlen den Fall gegeben, daß ein Kandidat der Opposition in Meinungsumfragen gegenüber dem Bewerber der Regierungspartei führte; Kim Dae-jung hatte das im September erreicht. Ungewöhn-

lich war auch das umgekehrte Bild einer zerrissenen Regierungspartei und einer relativ geeinten Opposition, das allen früheren Wahlen widersprach (*Newsreview*, 13.9.97:11). Die Führung Kim Dae-jungs in Umfragen war um so überraschender, als seine Popularität nach Bekanntgabe seiner Rückkehr in die Politik drastisch gesunken war, denn er hatte sein Versprechen nach den Präsidentenwahlen von 1992 gebrochen, nie wieder politisch aktiv zu werden.

Der Kandidat der United Liberal Democrats (ULD), Kim Jong-pil (üblicherweise bekannt als „JP“), machte im September - während der taktischen Positionierungszüge - von sich durch unorthodoxe Vorschläge reden: Er regte eine Verschiebung der Präsidentenwahlen an, um Zeit für eine Verfassungsreform zu finden; diese sollte nach Vorstellungen Kims zur Einführung eines parlamentarischen Regierungssystems anstelle der Präsidialherrschaft führen. Kim Jong-pil forderte von Präsident Kim Young-sam ein Referendum über diesen Vorschlag. Der Präsident und die regierende NKP wiesen den Vorstoß Kims brüsk zurück: Kim Young-sam betonte, während seiner Amtszeit werde es keine Verfassungsänderung geben; die NKP ließ wissen, der Vorschlag sei nicht einmal eine Diskussion wert (*Newsreview*, 13.9.97:10). Beobachter werteten den Vorstoß Kims auch eher als ein verdecktes Kooperationsangebot an die NKP, denn obwohl Kims ULD im Oppositionslager standen, waren sie politisch-ideologisch doch eng an die NKP angelehnt, immerhin hatte Kim Jong-pil erst 1995 die damalige Regierungspartei verlassen. Natürlich ging es Kim Jong-pil in erster Linie um Teilhabe an der Macht; schon im September war klar, daß er aus eigener Kraft, als Kandidat der ULD, nicht das Präsidentenamt gewinnen konnte. Aber mit seiner regionalen Machtbasis im Nordwesten (Nord- und Süd-Ch'ungch'ong, teilweise auch Kyonggi) und seinem dortigen Stimmblock konnte er aber sehr gut zum Mehrheitsbeschaffer anderer Kandidaten werden, wenn er selbst auf eine Kandidatur verzichtete und eine Wahlempfehlung ausspräche (s.u.).

Kims Vorstoß in Richtung auf ein parlamentarisches Regierungssystem mußte Kim Dae-jungs Partei National Congress for New Politics (NCNP) irritieren, da sie mit den ULD in Verhandlungen über einen gemeinsamen Kandidaten *für die Präsidentschaft mit allen Machtbefugnissen* stand und eine mögliche Bedingung Kim Jong-pils zur Einführung eines parlamentarischen Systems nur schwer hinnehmen konnte. Dennoch akzeptierte der NCNP grundsätzlich die Notwendigkeit einer Umgestaltung des Regierungssystems mit dem Ziel, die Rolle des Ministerpräsidenten gegenüber dem Staatspräsidenten zu stärken. Auch die anderen Kandidaten propagierten Änderungen; während aber Kim Jong-pil ein parlamentarisches Kabinettsystem mit einem Präsidenten weitgehend ohne politische Macht anstrebte, neigten Kim Dae-jung und die anderen Kandidaten (Ausnahme: Lee) zu einem „französischen Modell“ dualer Machtstruktur, in dem Präsident und Premier sich die Macht teilen. Lee Hoi-chang mußte sich der Entscheidung Kim Young-sams beugen, der in seiner Amtszeit keine Änderung der Machtstruktur wünschte; aber Lee deutete ebenfalls an, daß er Reformen anstreben würde, wenn er gewählt wäre (*Newsreview*, 27.9.97:6-7).

Seine regionale Stärke konnte Kim Jong-pil Anfang September beweisen: In der Satellitenstadt Seouls, Anyang (Provinz Kyonggi), hatten die ULD in einer Nachwahl zur Nationalversammlung im Distrikt Manan die regierende NKP weit abgeschlagen. Die andere Oppositionspartei, die NCNP Kim Dae-jungs, hatte keinen eigenen Kandidaten aufgestellt, sondern den ULD-Bewerber unterstützt, um Gemeinsamkeit der Opposition zu demonstrieren - ein deutliches Signal für spätere Entwicklungen (s.u.). Bei einer Wahlbeteiligung von nur 33,1% sollte das Wahlergebnis nicht überbewertet werden, aber der Oppositionserfolg trug zweifellos zum sinkenden Ansehen des „offiziellen“ NKP-Kandidaten Lee Hoi-chang bei (*Newsreview*, 13.9.97:10).

Im Oktober kam es schließlich zu einer Einigung zwischen NCNP und ULD: Kim Dae-jung („DJ“) wurde gemeinsamer Präsidentschaftskandidat und sicherte im Gegenzug Kim Jong-pil zu, daß er nach einem Sieg DJS Ministerpräsident würde. Zugleich machte DJ deutlich, daß dann Kim Jong-pil als Regierungschef gegenüber dem Präsidenten größere politische Kompetenzen haben werde, als es bisher der Fall war; Kim Jong-pil hatte damit einen wesentlichen Teil seiner politischen Forderungen durchgesetzt (*Nikkei*, 28.10.97; *Newsreview*, 1.11.97:7). Mit dieser Zusage für strukturelle Reformen war aber auch die Grundlage für den späteren Konflikt um die Nominierung Kims zum Regierungschef geschaffen (s.u.). Die beiden Oppositionsparteien kamen ebenfalls überein, nach einem Sieg Kims bis 1999 durch eine tiefgreifende Verfassungsreform ein parlamentarisches Regierungssystem nach deutschem Muster einzuführen (*Mainichi Shimbun*, 1.11.97), ein weiterer Grund für den erbitterten Widerstand der (neuen) Opposition gegen Kim Jong-pil. Die Einigung der beiden Kims löste wütende Kommentare und heftige Kritik in den anderen Parteien aus, die Democratic Party (DP) Cho Soons sprach sogar von einer Verletzung der Wahlgesetze (ebd.:7).

Das neue Bündnis schien auch für unabhängige Politiker attraktiv zu sein: Im November schloß sich der Unabhängige Park Tae-joon den ULD an: Der Gründer des weltgrößten Stahlkonzerns Pohang Iron and Steel Co. war im Juli zum dritten Mal in die Nationalversammlung gewählt worden. 1990 hatte er sich der damaligen Regierungspartei DLP angeschlossen, hatte sich aber mit dem Parteichef Kim Young-sam überworfen, als dieser sich um die Präsidentschaft bemühte. Park wurde zum Parteichef der ULD gewählt, Kim Jong-pil wurde Ehrenpräsident. NCNP und ULD kamen überein, daß Kim Jong-pil für DJ auch den Wahlkampf leiten würde (*Asahi Shimbun*, 14., 22.11.97; *Newsreview*, 8.11.97:7).

Bereits im September 1997 hatten die militanten Organisationen in der koreanischen Gewerkschaftsbewegung angekündigt, daß sie mit einem eigenen Kandidaten in die Präsidentschaftswahlen gehen wollten. Nominiert wurde Kwon Young-kil, der Chef der Korean Confederation of Trade Unions (KCTU), er sollte Kandidat der National Alliance for Democracy and Unification of Korea (NADUK) und der Gewerkschaften der KCTU sein. Die NADUK ist eine Dachorganisation von Gruppen, die Anfang 1997 den teils gewaltsamen Widerstand von Arbeitnehmerorganisationen gegen die geplante Arbeitsgesetzgebung organisiert hatte; Kwon war damals Initia-

tor der Kampfmaßnahmen. Er hatte sich stets für ein stärkeres Engagement der Gewerkschaften in politischen Fragen eingesetzt. Der Beschluß fiel auf einem gemeinsamen Treffen von NADUK und KCTU. Damit wurde einmal mehr die Spaltung in der südkoreanischen Gewerkschaftsbewegung unterstrichen, die Kandidatur Kwons war auch als Schachzug im Wettstreit zwischen der KCTU und der größeren, weniger militanten Gewerkschaftsorganisation Federation of Korean Trade Unions (FKTU) zu werten (*Newsreview*, 13.9.97:4). Die Organisation, für die Kwon Youngkil antrat, nannte sich „People's Victory 21“ (*FEER*, 11.12.97:20). Die Kandidatur Kwons zielte weniger auf einen (nicht vorstellbaren) Sieg in den Präsidentschaftswahlen als darauf, eine breite Basis für eine neue Partei zu schaffen. Seine politischen Forderungen drückten traditionelle gewerkschaftliche Zielsetzungen aus: Auflösung der *chaebôl*, gesetzliche Arbeitsplatzgarantie und drastische Aufstockung der Sozialausgaben; anders als die drei Hauptkandidaten aber trat Kwon für die Beibehaltung des Systems von Bankkonten unter echtem Namen ein, um „Zahlungen unter dem Tisch“ unmöglich zu machen (*Newsreview*, 13.12.97:7). Er wandte sich auch gegen eine schnelle Begnadigung der beiden Expräsidenten Chun und Roh. Neben dem Journalisten und Gewerkschaftsführer Kwon gingen noch viele andere Kandidaten ins Rennen, die aber - wie auch Kwon - nur Außenseiter waren und keinen Einfluß auf den Wahlausgang nehmen konnten (*Newsreview*, 15.11.97:9-10).

2.2 Bündnispoker

Fünf Kandidaten hatten also schließlich Ansprüche auf die Präsidentschaft geltend gemacht: Lee Hoi-chang (NKP), Kim Dae-jung („DJ“, NCNP), Kim Jong-pil (ULD), Rhee In-je (Unabhängiger) sowie der frühere Bürgermeister von Seoul Cho Soon (Demokratische Partei, DP). In Führung lag Ende September DJ, gefolgt von Rhee; an letzter Stelle lag Kim Jong-pil. Aber keiner der Kandidaten hatte einen soliden Vorsprung und eine unangreifbare regionale Basis - Bündnisse waren nötig. Ende September waren die Bündnisverhandlungen zwischen Kim Dae-jung und Kim Jong-pil am weitesten fortgeschritten. Auch in der konkreten Zusammenarbeit seit den Parlamentswahlen 1996 waren die Parteien der beiden gut vorangekommen: In einer Reihe von Nachwahlen hatten sie gemeinsame Kandidaten aufgestellt, die mehrheitlich erfolgreich waren. NCNP und ULD konnten sich schließlich auch auf einen gemeinsamen Vorstoß in Richtung auf ein parlamentarisches System einigen, das bis zum Jahr 1999/2000 eingeführt werden sollte; damit erfüllte der NCNP die Hauptforderung Kim Jong-pils. Umstritten blieb die Frage des gemeinsamen Kandidaten; aber hier konnte der NCNP überzeugend auf die Führung DJs bei Umfragen verweisen. Dennoch blieb unter vielen ULD-Politikern eine tiefe Abneigung gegen DJ, und bis zuletzt gab es Spekulationen über ein Zusammengehen der ULD mit der NKP: Es war vor allem die sog. „Minjong“-Gruppe (Minjong: Gerechtigkeit) aus konservativen Elitopolitikern in der NKP, die auf ein Bündnis mit der konservativen

Opposition drängte, um so Lee Hoi-changs Kandidatur abzusichern (*Newsreview*, 27.9.97:7).

In jedem Falle zielte Kim Jong-pil darauf ab, für die aussichtsreichsten Bewerber zum Zünglein an der Waage zu werden. DJS wichtigste Argumentationshilfen gegen ein Bündnis der ULD mit der NKP war neben der gemeinsamen Politikplattform die Option, wieder mit Cho Soon zu kooperieren, den Kim Dae-jung 1995 bei der Wahl zum Bürgermeister von Seoul unterstützt hatte und der sich dann aber von DJ entfernt hatte (*Newsreview*, 20.9.97:7). ULD-Chef Kim Jong-pil dagegen pokerte mit der verhüllten Drohung, im äußersten Falle könne er doch allein antreten; immerhin ließ er Anfang Oktober ein Wahlkomitee bei den ULD gründen (*Newsreview*, 4.10.97:9).

Rhee In-je wurde in dem Bündnispoker vor allem für die „alten Politiker“ Kim Dae-jung und Kim Jong-pil zur Gefahr; Rhees Forderung nach einem Generationswechsel in der Politik richtete sich unmittelbar gegen die beiden Veteranen. Aber auch aus den Reihen der NKP kam heftige Kritik an Rhees Entschluß zu kandidieren: Er habe Kim Young-sam verraten, den er seinen „politischen Vater“ nannte, hieß es aus dem Umkreis von Lee Hoi-chang. Rhee zielte auf ein Bündnis mit Cho Soon, den er zum Chef einer neuen Partei machen wollte, wenn Cho bereit wäre, seine Kandidatur zurückzuziehen. Auch in der NKP witterte Rhee Verbündete: Die Minju-Gruppe, die sich der Kandidatur Lee Hoi-changs widersetzte, schien bereit für ein Bündnis (*Newsreview*, 20.9.97:9). Der NCNP polemisierte ebenfalls gegen Rhee, aber auch gegen Cho Soon: Beide hätten der mühsam anlaufenden regionalen Autonomie durch die Rücktritte von ihren Ämtern (Gouverneur von Kyonggi bzw. Bürgermeister von Seoul) einen Bärendienst erwiesen (ebd.).

2.3 NKP und DP fusionieren zur „Großen Nationalpartei“ (Hannara-dang)

Der Streit um die Kandidatur Lee Hoi-changs für die Präsidentschaft hatte erneut die innere Zersplitterung der NKP deutlich gemacht: Die größte innerparteiliche Gruppe, die Minju-Fraktion, die sich vor allem auf Präsident Kim Young-sam berief, hatte sich bis zuletzt nicht mit der Kandidatur Lee Hoi-changs abgefunden und immer wieder gefordert, einen anderen Kandidaten aufzustellen; sie lag im Streit mit der konservativen Minjong-Fraktion, die Lees Kandidatur unterstützte und nachdrücklich auf ein Bündnis mit Kim Jong-pils ULD drängte. Ein weiterer Konfliktherd war die Frage der Nachfolge Lee Hoi-changs im Amt des Parteichefs (Vorsitzender des Exekutiv Ausschusses), wenn er seinen Posten für die Kandidatur niederlegen würde und statt des Parteichefs Parteipräsident (wie vor ihm Kim Young-sam) werden würde (*Newsreview*, 27.9.97:8).² Kim Yoon-whan, ein Berater der NKP, hatte sich Hoffnung auf den Posten des Chefs gemacht, nachdem er wesentlich an der Nominierung Lee Hoi-changs beteiligt war. Er betonte jedoch, auch die Wahl eines anderen Par-

² Der Staatspräsident darf nicht „politischer“ Chef einer Partei sein, kann aber - wie Kim Young-sam - den Posten eines Parteipräsidenten übernehmen.

teichs würde er mittragen; im Gespräch war vor allem Lee Han-dong, den Lee Hoi-chang vor Kim Yoon-hwan favorisierte (*Newsreview*, 27.9.97:10).

Am 30. September wurde Lee Han-dong zum Vorsitzenden des Exekutiv Ausschusses, also zum Parteichef der NKP gewählt. Er war vergeblich gegen Lee Hoi-chang bei der Nominierung zum Präsidentschaftskandidaten der NKP angetreten. Zusammen mit Kim Yoon-hwan ist Lee Han-dong führender Repräsentant der konservativen Minjong-Gruppe in der NKP, die mit seiner Wahl ihre dominierende Rolle in der NKP ausbauen konnte. Lee war in fünf Legislaturperioden Abgeordneter der Nationalversammlung; er verfügt über Erfahrungen in der Rechtspflege (ehem. Oberstaatsanwalt), in der Verwaltung und im Parlament. Erstmals gewählt wurde Lee 1981; unter der Regierung Chun Doo-hwan war er parlamentarischer Fraktionsführer und Generalsekretär der Regierungspartei DJP (Demokratische Gerechtigkeitspartei). Unter Präsident Roh Tae-woo war er Innenminister und während der Regierung Kim Young-sam stellvertretender Sprecher der Nationalversammlung. Lee Han-dong stammt aus der Provinz Kyonggi, und mit dieser starken Basis suchte er gegen Lee Hoi-chang die Nominierung zum Präsidentschaftskandidaten der NKP, unterlag aber Lee. Er verfügt über gute Kontakte zur Minju-Gruppe in der Partei, und Lee Hoi-chang erhoffte sich wohl durch dessen Wahl mehr von dieser Gruppe für seine Kandidatur (*Newsreview*, 4.10.97:7-8).

Aber mit der Wahl Lee Han-dongs zum NKP-Chef war der Niedergang der Minju-Gruppe eingeläutet, die ohnehin schon über die Nominierung Lee Hoi-changs zerstritten war. Die Minju-Politiker waren treue Gefolgsleute Kim Young-sams, sie hatten zu ihm gefunden, als er noch in der Opposition für Demokratisierung kämpfte, sie halfen ihm die Präsidentenwahl 1992 zu gewinnen und waren in führenden Positionen seiner Regierung, eine Tatsache, die DJ besonders kritisierte. In einem Versuch, sich gegen diese Praxis unter der Präsidentschaft Kim Young-sams abzusetzen, hatten Weggefährten und enge Vertraute DJs schon im September bekanntgegeben, daß sie keine hohen Regierungsposten übernehmen würden, wenn Kim die Wahl gewinnen sollte (*Newsreview*, 20.9.97:5-6). Vor den Präsidentenwahlen waren nicht einmal die Gegner Lee Hoi-changs in der Minju-Gruppe einig: Einige strebten zu Rhee In-je (früher führendes Mitglied der Minju), andere wollten in der NKP bleiben (*Newsreview*, 11.10.97:8-9). Die Minju-Gruppe hatte schon Anfang 1997 schwere Rückschläge hinnehmen müssen, als einige führende Mitglieder wegen Bestechung in Zusammenhang mit dem Hanbo-Skandal hinter Gitter mußten (vgl. Köllner, *Korea* 1997:30-34).

Am 7. November (dem Tag, an dem Kim Young-sam die NKP verließ) vereinbarten Lee Hoi-chang und Cho Soon von der kleinen Demokratischen Partei (DP), ihre beiden Parteien zu fusionieren und eine neue Parteiorganisation zu bilden. Cho hatte sich auf der Partnersuche für Lee entschieden, da er der gewählte Kandidat der NKP war, während Rhee die NKP verlassen hatte. Der Zusammenschluß mit der Partei des ehemaligen Bürgermeisters von Seoul und angesehenen Wirtschaftsprofessors sollte der Popularität Lees einen Schub geben, denn seine Unterstützung durch die Bevölkerung lag bei knapp 20%, deutlich hinter Kim Dae-jung und Rhee In-je (*Newsreview*, 15.11.97:8).

2.4 Kurzprofile der Kandidaten

Im folgenden werden die drei Kandidaten kurz porträtiert und ihre wichtigsten politischen Forderungen umrissen; die schlagwortartigen Kennzeichnungen der drei sind der *Far Eastern Economic Review* (11.12.97:21-23) entnommen.

2.4.1 Kim Dae-jung: Der „Außenseiter“

An dieser Kennzeichnung Kim Dae-jungs zeigt sich, daß Schlagworte zwar in die richtige Richtung weisen können, aber letztlich nicht vollständig zutreffen: Kim Dae-jung (DJ) war zumindest nach Umfragen kein Außenseiter, sondern er lag vor seinen beiden Konkurrenten. Andererseits aber ging Kim mit seiner Kandidatur ein hohes Risiko ein, hatte er doch 1992, nach seiner dritten Niederlage in einer Präsidentenwahl, öffentlich gelobt, er werde sich aus der Politik zurückziehen. Deshalb vermied er in seinem Wahlkampf auch jede Andeutung darüber, ob diese Wahl ein letzter Versuch sein werde. Sein politischer Lebensweg allerdings kennzeichnet Kim Dae-jung als Außenseiter. Der 74jährige war die meiste Zeit seines Lebens in Opposition zu den Mächtigen; er kämpfte gegen drei autokratische Präsidenten und entkam dabei zweimal nur knapp dem Tod: 1973 entführten Agenten der berüchtigten KCIA (Korean Central Intelligence Agency, heutige Nachfolgeorganisation: NSP, Agency for National Security Planning) Kim aus Tokyo und versuchten ihn auf See zu ertränken. 1982 entging er nur auf amerikanischen Druck der Vollstreckung eines Todesurteils, nachdem das Militärregime von Chun Doo-hwan ihn in einem politischen Schauprozess für den Aufstand von Kwangju (1980) verantwortlich gemacht hatte.

Über vier Jahrzehnte hatte Kim Dae-jung seinen politischen Widerstand gegen drei diktatorische Regime auf die radikale Studentenbewegung, die Gewerkschaften und Dissidenten gestützt; seine Gegner waren neben dem Militär vor allem die koreanischen Großunternehmen, die *chaebôl*. Seine erklärte frühere Absicht, das Wirtschaftssystem radikal umzubauen und die Macht der *chaebôl* zu brechen, machte ihn in den Augen vieler ungeeignet für die Präsidentschaft; ihm haftete noch 1992 das Image des „Radikalen“ an. In den Wahlkämpfen des Jahres 1997 suchte er sich von diesem Image zu lösen: Seine Bündnispartner waren nun ausgerechnet Repräsentanten jener Gruppen, die er früher bekämpft hatte: Bei den ULD mit Kim Jong-pil an der Spitze waren das Altpolitiker der Ära Park Chung-hee - Kim Jong-pil hatte unter Park immerhin die KCIA aufgebaut und geleitet - und als ULD-Chef ein prominenter Unternehmensgründer Park Tae-joon. Das Bündnis mit der ULD war für DJ auch eine Art Waffenstillstand zwischen zwei verfeindeten Regionen: Kim Dae-jung stammt aus der Region Cholla (SW), Kim Jong-pil und die meisten seiner Gefolgsleute kommen aus Nord-Kyongsang (NW); zwischen den Bewohnern beider Regionen besteht eine jahrhundertealte Antipathie, ja sogar Feindschaft. 1997 aber trat

kein Kyongsang-Bewerber an, und so konnte Kim auf zumindest einen Teil der Kyongsang-Stimmen zählen, da Kim Jong-pil sein Verbündeter war. Kims politische Forderungen in Grundsatzfragen:

Finanzsystem

- Stärkung der Unabhängigkeit der Zentralbank
- Abschaffung der Ernennung von Bankpräsidenten durch die Regierung
- Stärkung des Einflusses der Bankvorstände, CEOs und der Bankenaufsicht
- Zeitweise Aussetzung der Vorschrift, Bankkonten nur unter echtem Namen einzurichten

Maßnahmen gegen die chaebôl

- Massive Deregulierungen
- Beschränkung von Überkreuzgarantien für Zahlungen und andere Stützungsmaßnahmen zwischen *chaebôl*-Unternehmen
- Volle Haftung der Eigentümer bei Mißmanagement

Arbeitsrecht

- Entlassungen nur als letztes Mittel
- Förderung von Job-Sharing
- Ausweitung von Umschulungsprogrammen
- Schneller Aufbau einer Arbeitslosenversicherung

Nordpolitik und Sicherheit

- Gradueller Vereinigungsprozeß durch Aussöhnung und Kooperation
- Stärkung der Zusammenarbeit der militärischen Kräfte Koreas und der USA
- Verbesserung der Politik nationaler Verteidigung
- Aktive wirtschaftliche Zusammenarbeit

2.4.2 Lee Hoi-chang: Der „Mandarin“

Mit diesem Schlagwort wird ausgedrückt, daß Lee Hoi-chang ein typischer Vertreter der Bürokratieelite ist: Der Sohn eines Staatsanwalts durchlief das rigorose Prüfungssystem der zentralen Justizbürokratie, er wurde Richter und saß zuletzt im Obersten Gerichtshof. Damit hatte Lee von seiner Karriere her eine denkbar schlechte Ausgangsposition für die Präsidentschaftskandidatur (abgesehen von den innerparteilichen Widerständen gegen seine Kandidatur, s.o.), denn in der Öffentlichkeit wurde die Justiz stets als Unterdrückungsinstrument der drei „Militärpräsidenten“ betrachtet. Aber Lee galt als der „Richterdissident“, denn in seiner Amtszeit scheute er sich nicht, den Mächtigen Widerstand zu leisten. So verwarf er eine Entscheidung der Militärregierung, nach der Zivilisten von Militärgerichten

abgeurteilt werden sollten, obwohl das Kriegsrecht aufgehoben war (*FEER*, 11.12.97:21). Auch in seiner kurzen Zeit als Ministerpräsident (123 Tage im Jahr 1993) leistete er sich Opposition gegen Kim Young-sam; er wurde entlassen, weil er dafür eintrat, die Nordkoreapolitik öffentlich zu diskutieren. Er gilt als absolut „sauberer“ Politiker, der sich von den vielen Korruptionsaffären der südkoreansichen Politik stets ferngehalten hat.

Lee Hoi-chang aber war und ist Repräsentant des politischen Establishments; er gehört zu einer Elite, die jahrzehntelang politische und wirtschaftliche Institutionen kontrolliert hat. In seinem Wahlkampfteam waren prominente Repräsentanten des wirtschaftlichen Establishments vertreten, seine engen Bindungen an diese Kräfte wurden durch zahlreiche gemeinsame öffentliche Auftritte unterstrichen. So schien es kaum glaubhaft, daß Lee gegen diese mächtigen Partner einschneidende wirtschaftliche Reформаmaßnahmen durchsetzen konnte. Er hatte im Dezember 1996 für das Gesetz gestimmt, das Gewerkschaften politische Aktivitäten verbieten und Entlassungen erleichtern sollte und das zu einer Welle von Streiks geführt hatte. Lee konnte im Wahlkampf nur schwer verdeutlichen, daß stringente Sparmaßnahmen im Rahmen der IWF-Hilfe nötig waren, dennoch war er zweifellos der Kandidat der Wirtschaftskreise; das wurde unterstrichen durch seinen Berater Cho Soon, geachteter Ökonom, früherer Präsident der Bank of Korea - und Bürgermeister von Seoul. Neben seinem Image als Elitebürokrat und Vertreter des Establishments hatte ihm auch die Rückstellung seiner beiden Söhne vom Wehrdienst schwer geschadet (s.o.). Seine Grundaussagen:

Finanzsystem

- Die Regierung wird ein Programm zum Rückkauf von notleidenden Krediten anführen
- Insolvente Banken werden geschlossen
- Verstärkung der Aufsicht über Finanzinstitutionen
- Beschleunigte Öffnung der Wertpapiermärkte

Maßnahmen gegen die chaebôl

- Durchsetzung von Deregulierungen
- Größere Transparenz im Management
- Ausbau der Anreize für Fusionen und Firmenerwerb (M&A)
- Erweiterung der Eigentumsrechte für Ausländer

Arbeitsrecht

- Lockerung der Vorschriften über Entlassungen
- Löhne niedrig halten

Nordpolitik und Sicherheit

- Aufbau eines Abschreckungspotentials zur Friedenssicherung
- Unterstützung für nordkoreanische Reformanstrengungen
- Vorbereitungsmaßnahmen für jede Form von Vereinigungsprozeß
- Bemühungen um Frieden durch Vierergespräche

2.4.3 Rhee In-je: Der „Opportunist“

Fast schien es, als sei äußerlich der frühere autokratische Präsident Park Chung-hee wieder auferstanden: Rhee hatte eine nostalgische Verklärung Parks in manchen Teilen der Bevölkerung entdeckt und legte sich allmählich ein Äußeres - vor allem eine Frisur - zu, die ihn schließlich 1997 Park sehr ähnlich sehen ließ. Diese Form von Opportunismus half auch, den 49jährigen in einem Alter, das für südkoreanische Politiker als geradezu jugendlich angesehen werden muß, in das politische Rampenlicht zu heben. Aber die prominente Rolle war nur kurz: Vor den Wahlen wurde deutlich, daß die Wähler mehrheitlich ihn nicht reif für die Präsidentschaft hielten; er lag in Umfragen auf einem schlechten dritten Platz hinter Kim und Lee. Unzureichende Wahlkampfmittel, ein zwar motivierter, aber schwacher Parteiapparat und das Gerücht, er sei der Wunschkandidat Kim Young-sams, der stark an Popularität verloren hatte, schadeten ihm zusätzlich. Sein Programm:

Finanzsystem

- Förderung von Fusionen und Firmenübernahmen (M&A)
- Liberalisierung von Sicherheiten für Kredite
- Auflösung des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft

Maßnahmen gegen die chaebôl

- Deregulierungen durchsetzen
- Stärkung der Fair Trade Commission (Kartellbehörde)
- Reform der Struktur von Management- und Eigentümerseite

Arbeitsrecht

- Entlassungen in den dringlichsten Fällen ermöglichen
- Koppelung der Lohnsteigerungen an die Produktivität
- Einführung einer Arbeitslosenversicherung und Umschulungsmaßnahmen

Nordpolitik und Sicherheit

- Einrichtung von „politischen Verbindungsbüros“ in beiden Korea
- Friedensvertrag zwischen beiden Korea unter Garantie von China und den USA
- Steigerung des Verteidigungshaushalts auf 3,5% des BIP

2.5 Der Wahlkampf

Auch vor den Präsidentschaftswahlen 1997 setzten die Scharmützel des Wahlkampfes lange vor dem offiziellen Beginn der Wahlkampffrist ein, und wieder waren es Beschuldigungen, die einen der Bewerber korrupt erscheinen lassen sollten. Die NKP startete Mitte Oktober einen Angriff auf Kim Dae-jung, der angeblich einen Geheimfonds angelegt haben sollte, aus dem er seinen Wahlkampf finanzieren wollte. Am 16. Oktober erstattete die NKP gegen DJ Anzeige wegen Steuerhinterziehung und Bestechung. Zuvor hatte DJ bestritten, daß er einen geheimen Fonds von angeblich 67 Mrd. Won auf die Seite geschafft habe, und forderte die NKP auf, den Wahlkampf „mit politischen Mitteln“ zu führen. Dagegen behauptete die NKP, daß Kim von zehn Unternehmen illegale, un versteuerte Spenden in Höhe von insgesamt 13 Mrd. Won erhalten habe, außerdem habe Kim auf Konten seiner Familienangehörigen 100 Mrd. Won versteckt, die er ebenfalls den Steuerbehörden verschwiegen habe. Ein NKP-Abgeordneter sagte vor dem Parlament aus, er verfüge über Beweise, daß Kim insgesamt 37,8 Mrd. Won auf 342 Konten unter Decknamen angesammelt habe; diese Gelder hätten sich u.a. unter den Namen von 40 Familienmitgliedern auf Konten von 18 Banken befunden und seien im Juni abgezogen worden. Generalsekretär Kang Sam-jae von der NKP wies Unterlagen vor, die seiner Meinung nach belegten, daß DJ mindestens 13,47 Mrd. Won von Unternehmen erhalten habe, um seinen Wahlkampf 1992 zu finanzieren, unter den Spendern seien Unternehmen wie Daewoo und Samsung.

Kim räumte auf einer Pressekonferenz (13. Oktober) ein, daß er Spenden von Unternehmen erhalten habe, es seien jedoch „geringe Summen“ gewesen, und die Spenden seien nicht an Bedingungen geknüpft gewesen. Zu den Namen der Spender und über die Höhe der Zuwendungen machte Kim keine Angaben (*Newsreview*, 18.10.97:6/7). Der NCNP ging dann zum Gegenangriff über: Auch Konten der NKP, darunter auch die von Lee Hoi-chang, sollten überprüft werden, überdies müsse eine Untersuchung aufdecken, ob die Steuerbehörden und Sicherheitsdienste Gesetze verletzt hätten, indem sie Generalsekretär Kang die Bankdaten zugänglich machten. Der NCNP verdächtigte NKP-Parlamentarier, die früher Offiziere des Sicherheitsdienstes waren, über „alte Kontakte“ die Unterlagen beschafft zu haben (*Newsreview*, 1.11.97:7).³

Die Staatsanwaltschaft wurde von der NKP aufgefordert, gegen DJ ein Ermittlungsverfahren einzuleiten, dabei wurde auf den Fall des Präsidentensohnes Kim Hyun-chul verwiesen; die Staatsanwaltschaft beschloß jedoch, die Untersuchung bis

³ In der Tat wurde der frühere Geheimdienstdirektor Kwon Young-hae im März 1998 unter dem Verdacht verhaftet, eine Verleumdungskampagne gegen Kim Dae-jung angezettelt zu haben. Mitarbeiter Kwons hatten in Beijing eine Pressekonferenz veranstaltet, auf der behauptet wurde, Nordkorea habe Kims Wahlkampf teilweise finanziert (*AFP/Süddeutsche Zeitung/SZ*, 21./22.3.98). Im Verlauf der staatsanwaltlichen Verhöre versuchte Kwon, Selbstmord zu begehen (*AFP/SZ*, 23.3.98).

nach den Wahlen auszusetzen. Lee Hoi-chang kritisierte die Behörde deswegen und forderte, daß alle politischen Fonds untersucht werden sollten. Das sollte auch für die Konten seines Mentors, Präsident Kim Young-sam, aus dessen Wahlkampf 1992 gelten; zugleich forderte er Kim Young-sam auf, die NKP zu verlassen, „um einen fairen Wahlkampf zu gewährleisten“. Die gegenseitigen Verdächtigungen nutzte Lee also, um sich weiter von Kim Young-sam zu distanzieren. Der Präsident lehnte Lees Forderungen rundweg ab, Gegner Lees in der NKP griffen ihn wegen des Ansinnens scharf an, und von neuem schien eine Spaltung der Partei nahe. Der Versuch Lees, ein reformerisches Image aufzubauen, verleitete ihn auch zu gefährlichen Unterstellungen: Er vermutete, die „drei Kims“ (Kim Young-sam, Kim Dae-jung, Kim Jong-pil) hätten Druck auf die Staatsanwaltschaft ausgeübt, das Ermittlungsverfahren zu verschieben (ebd.:6).

Präsident Kim traf sich im Vorfeld des Wahlkampfes mit den Bewerbern zu Einzelgesprächen, den Anfang machte Kim Dae-jung. Beobachter sahen darin den Versuch, wieder in das Zentrum der politischen Bühne zu gelangen, sich von den Faktionskämpfen in der eigenen Partei zu distanzieren und sich als fairen und objektiven Wahlmanager zu präsentieren. Auffallend schien es, daß Präsident Kim bereit war, sich plötzlich mit Kim Dae-jung zu treffen, obwohl der NCNP-Kandidat zuvor wochenlang vergeblich um ein Gespräch nachgesucht hatte; als Grund wurde die öffentliche Forderung Lee Hoi-changs vermutet, Kim solle die NKP verlassen (*Newsreview*, 25.10.97:8). Prominente NKP-Politiker wie Kim Yoon-hwan (s.u.) versuchten eine Aussöhnung zwischen Kim und Lee herbeizuführen und drängten auf ein Einzelgespräch zwischen NKP-Kandidat (später GNP) und Präsident, nachdem Lee ein Kandidatengespräch abgelehnt hatte, wie Kim es mit allen Bewerbern führen wollte; die Weigerung hatte die Spannungen zwischen Kim und Lee weiter verschärft (*Newsreview*, 1.11.97:7).

Schließlich steuerte die Auseinandersetzung zwischen Präsident Kim und NKP/GNP-Bewerber Lee einem neuen Höhepunkt zu: Kim Yoon-hwan (s.u.) behauptete, hochrangige Berater des Präsidenten drängten ihn, mit Lee Hoi-chang zu brechen und die ganze Autorität seines Amtes hinter die Kandidatur Rhee In-jes zu setzen. Der Stabschef des Präsidenten dementierte zwar umgehend und nachdrücklich, aber viele Beobachter glaubten, daß Kim Young-sam Lee Hoi-chang keine Chancen mehr einräumte und darauf drängte, das NKP/GNP-Lager hinter Rhee zu sammeln. Besonders erzürnt war man im Umkreis des Präsidenten im Chong Wa Dae über die Unterstellung, der Präsident stelle Geldmittel für Rhees Partei zur Verfügung, auch das wurde nachdrücklich dementiert (*Newsreview*, 8.11.97:6).

Die NPP Rhees ging mit der Forderung nach einem Ende der „alten Politik der drei Kims“ in den Wahlkampf; Rhee wollte „altmodische Politiker, die alte politische Praktiken pflegen“, schlagen. Er kritisierte heftig das Bündnis zwischen NCNP und ULD und deren politische Forderungen; damit würde die verfassungsmäßige Ordnung ins Chaos gestürzt. Aber auch die NPP wollte die Macht des Regierungschefs stärken und bei der Besetzung von Schlüsselpositionen freien Wettbewerb

zwischen Kandidaten für Parteiämter einführen, z.B. bei der Wahl des Fraktionsprechers (ebd.:9).

Lees Hoi-changs Chancen wurden in der heißen Phase des Wahlkampfes deutlich verringert, als ein Offizier (Oberstleutnant, Batallionskommandeur) Lee auf einer Pressekonferenz aufforderte, seine Kandidatur niederzulegen; da seine beiden Söhne sich dem Wehrdienst entzogen hätten, sei er nicht würdig, als Präsident Oberbefehlshaber der Armee zu sein. Der Offizier gab später zu, er habe Kontakt mit Rhee NPP, so daß der Schluß nahelag, er habe auf Drängen der NPP die Pressekonferenz gegeben; so hatte er beiden Kandidaten geschadet. In Korea dürfen Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes (dazu zählen auch Soldaten) nicht politisch aktiv werden, Zuwiderhandlungen werden mit bis zu zehn Jahren Haft geahndet. Hinsichtlich der Stimmung in der Wählerschaft war die Äußerung des Offiziers ein Gefahrensignal für Lee und Rhee: Immerhin sind 77,4% der Briefwähler bzw. der Wähler, die nicht an ihrem Wohnort wählen, Soldaten; die 801.130 Bürger dieser Wählergruppe stellen 2,5% aller Wahlberechtigten (*Newsreview*, 6.12.97:8).

Es fehlte an klaren wirtschaftspolitischen Sachaussagen im Wahlkampf, obwohl die Probleme augenfällig waren: Die Finanz- und Währungskrise, so belastend sie auch war, hätte dennoch den Kandidaten die Chance eröffnet, grundlegende Reformen zu propagieren und damit nach Überwindung der Krise Südkorea zu einer modernen, offenen Volkswirtschaft umzugestalten. Keiner der Kandidaten aber war gewillt, sich mit den etablierten Wirtschaftskreisen offen anzulegen und von allen (organisierten) Bevölkerungsgruppen Opfer zu verlangen. Drei Gruppen vor allem hätten die Bewerber in bezug auf ihre Privilegien angreifen müssen: die Bürokratie, die wesentlich die Wirtschaft steuerte, die Banken, die den Weisungen der Bürokratie folgten, die *chaebôl*, die Südkoreas Wirtschaft dominieren, und nicht zuletzt die Gewerkschaften, denen es ebenfalls um Privilegien ging. Alle Kandidaten antworteten auf die Frage nach Problemlösungen mit traditionellen Rezepten: Sie forderten Opferbereitschaft, riefen zum Sparen bei Importwaren und Auslandsreisen auf, oder sie waren sogar bereit, Reformen, mit denen bereits begonnen worden war, wieder zurückzunehmen; hier war vor allem das Verbot von Decknamenkonten zu nennen, das 1993 offenlegte, welche gigantischen Summen in Parteikassen geflossen waren (*FEER*, 11.12.97:16-23).

Die Gewerkschaften, die mit Kwon Young-kil einen eigenen Kandidaten - wenn auch aussichtslos - ins Rennen geschickt hatten (s.o.), kündigten erbitterten Widerstand gegen alle Entlassungen an; sie würden es nicht hinnehmen, daß die wirtschaftliche Sanierung auf Kosten der Arbeitnehmerschaft, also durch höhere Arbeitslosigkeit erkauft würde; Kwon verwies darauf, daß es in Südkorea kein ausreichendes soziales Sicherungssystem gebe, entlassene Arbeitnehmer also de facto auf der Straße landeten (ebd.:20). Damit machten sie es besonders Kim Dae-jung schwer, seine Forderungen glaubwürdig vorzubringen: Seine Wahlkampfaussagen versuchten, eine Verbindung zwischen Befürwortung von Globalisierung, liberaler Marktwirtschaft und mehr Mitspracherecht für die Gewerkschaften zu schaffen. In Wirtschaftskreisen war man besorgt, daß Kim dem starken Einfluß der Gewerk-

schaften nachgeben könnte. Auch die Wahlversprechen, in seiner fünfjährigen Amtszeit eine Million neue Arbeitsplätze zu schaffen und das individuelle Jahreseinkommen auf umgerechnet 30.000 US\$ zu verdreifachen, klangen eher unglaubwürdig angesichts der akuten Wirtschaftskrise (ebd.:23). Von den drei Kandidaten stand anfangs nur Lee Hoi-chang fest zu den Verpflichtungen aus dem IWF-Hilfspaket; Kim und Rhee wollten neu verhandeln, weil sie die Konditionen als zu restriktiv kritisierten (*The Economist*, 13.12.97:14). Während des Wahlkampfes aber änderten die beiden ihre Haltung und versprachen, die Maßgaben des IWF genau einzuhalten.

Die „Nordpolitik“ spielte vor allem für Kim Dae-jung eine Schlüsselrolle im Wahlkampf, schließlich galt er vielen als radikaler Linker mit versteckten Sympathien für Nordkorea. Der Brief eines früheren Beraters von DJs NCNP, der sich nach Nordkorea abgesetzt hatte, brachte Kim in ein Dilemma: Der Schreiber wünschte Kim so herzlich Erfolg, daß der so Angesprochene natürlich schon wieder verdächtig erschien. Der Sicherheitsdienst NSP hatte den Brief abgefangen und als authentisch veröffentlicht. Offenbar war die Führung in Pyonyang daran interessiert, Kim durch solche Maßnahmen zu schaden, denn aus Sicht Nordkoreas war der Hardliner Lee Hoi-chang der bequemere Gegner, weil sich mit ihm Südkorea leichter als Bedrohung darstellen ließ. Der „Nordwind“, wie man in Südkorea sagt, bezeichnet die Fähigkeit Nordkoreas, Wahlergebnisse im Süden durch Drohgebärden zu beeinflussen: Vor der Wahl Roh Tae-woos zum Staatspräsidenten 1987 sprengten nordkoreanische Agenten eine Maschine der Korean Air, während der letzten Parlamentswahlen 1996 drangen nordkoreanische Soldaten in die entmilitarisierte Zone ein; in beiden Fällen stärkten die Aktionen konservative politische Kräfte in Südkorea (*FEER*, 18.12.97:21).⁴

Beobachter sahen in dem Bündnis Kim Dae-jungs mit Kim Jong-pil die entscheidende Wende zum Sieg; dank der Allianz gewann DJ in der Region Ch'ungch'ong, der Hochburg Kim Jong-pils, eine deutliche Mehrheit der Stimmen: In der Stadt Taejon erhielt er 45%, in Süd-Ch'ungch'ong 48% und 37,4% in Nord-Ch'ungch'ong; das waren im Schnitt 11-20% mehr Stimmen, als er 1992 in der Region erhalten hatte. In Seoul errang Kim 44,9% der Stimmen, 4% mehr als Lee Hoi-chang, ein Ergebnis, daß der Enttäuschung in den Mittelschichten wegen der Wirtschaftskrise und der Unzufriedenheit mit der bisherigen Regierung im Hinblick auf die IWF-Auflagen zugeschrieben wird (*Newsreview*, 27.12.97:5). Insgesamt war der Sieg Kim Dae-jungs knapp: Er lag mit nur ca. 400.000 Stimmen vor seinen beiden Konkurrenten (*Korea Economic Weekly/KEW*, 9.3.98).

⁴ Nach Bekanntgabe des Ergebnisses meldeten die nordkoreanischen Medien nicht, daß Kim Dae-jung gesiegt hatte, sondern begnügten sich ohne Namensnennung mit Hinweisen auf die schwierigen Aufgaben, die vor dem gewählten Präsidenten lägen (*Newsreview*, 27.12.97:5).

2.6 Die Ergebnisse im Überblick

Die 15. Präsidentschaftswahlen in Südkorea waren die bisher „billigsten“: Es gab keine kostspieligen Großveranstaltungen im Freien; ernsthafte Fälle von Stimmenkauf wurden ebenfalls nicht berichtet. Aber für Auftritte im Fernsehen und für Wahlanzeigen in Zeitungen und Zeitschriften, Plakate usw. mußten alle drei Kandidaten erhebliche Summen aufbringen: Die GNP wendete 7,8 Mrd. Won für die TV-Werbung für Lee Hoi-chang auf, die NCNP zahlte 7,65 Mrd. Won für die TV-Auftritte und die Werbung für Kim Dae-jung. Demgegenüber blieb Rhee In-je mit nur 1,15 Mrd. Won für Fernsehwerbung weit zurück. Alle Zusatzkosten für Fernsehwerbung eingerechnet, gaben Lee und Kim je über 10 Mrd. Won aus. Der Wahlkampf 1997 war mehr denn je von TV-Werbung geprägt, die „Telegenität“ der Bewerber trug wesentlich zu ihrem Erfolg oder Mißerfolg bei (KH, 17.12.97).

Insgesamt 32,32 Mio. Südkoreaner und -koreanerinnen waren aufgerufen, zwischen den drei Bewerbern zu entscheiden. Zum erstenmal war die Bedeutung regionaler Antipathien bzw. regionaler Hochburgen nicht so vordergründig entscheidend wie in früheren Wahlen; Beobachter begründen diese Tatsache mit der alles überschattenden Wirtschaftskrise. Dennoch zeigten Umfragen, daß die Mehrheit der Wähler ihre Stimme nach regionalen Präferenzen abgeben wollten; Wähler in den südwestlichen Cholla-Provinzen mit der Stadt Kwangju (11,7% aller Wähler) neigten - wie stets - zu Kim Dae-jung; DJ konnte auch auf Unterstützung in Ch'ungch'ong mit der Stadt Taejon zählen (9,9% aller Wähler), da hier die Hochburg Kim Jong-pils liegt. Lee konnte mit Stimmenmehrheiten in Nord-Kyongsang und der Stadt Taegu rechnen (11,5% aller Wähler). Während Kim und Lee sich starke regionale Basen sichern konnten, hatte Rhee In-je offenbar kaum eine Chance, sich eine solche Hochburg aufzubauen (KH, 18.12.97).

Bei einer Wahlbeteiligung von 80,51% erreichten Kim Dae-jung 39,61% der Stimmen (8.482.585), Lee Hoi-chang 38,0% (8.137.210) und Rhee In-je 18,96% (4.059.750). Kim gewann erwartungsgemäß in seiner Heimatregion Cholla über neunzig Prozent aller Stimmen, davon in Kwangju allein 96,3%. Auch in Seoul lag Kim mit 44,1% der Stimmen vor Lee mit 40,1%; sehr gut war auch der Stimmenanteil für Kim in Taejon mit 44,5% (Lee: 28,5%), in Süd-Ch'ungch'ong (47,1%) und auf der Insel Cheju (40,2%). Lee schnitt am besten in seinen Hochburgen Nord- und Süd-Kyongsang ab (60,6% bzw. 54,4%) ab, in der Stadt Taegu erreichte er 72,1% der Stimmen.⁵

⁵ Alle Zahlen aus KH, 19.12.97 und „Kim Dae-jung seiken no shuppatsu: dêta“, in: *Gendai Korea*, 1/2, 1998:16-28.

3 Begnadigung Chun Doo-hwans und Roh Tae-woos

Schon in der vorigen Ausgabe des Korea-Jahrbuchs war in diesem Kapitel die Vermutung geäußert worden, daß die beiden Expräsidenten Chun Doo-hwan und Roh Tae-woo schnell begnadigt werden würden, nachdem die Todesurteile vom Obersten Gerichtshof in lebenslange Haft (Chun) bzw. 17 Jahre Gefängnis (Roh) abgemildert worden waren (Köllner, *Korea 1997*:35-36). Im Vorfeld der Präsidentenwahlen wurde deutlich, daß zumindest die „politische Klasse“ Südkoreas ernsthaft eine schnelle Begnadigung der beiden diskutierte. Öffentlich gemacht wurde die Diskussion ausgerechnet durch den NCNP-Kandidaten Kim Dae-jung, der sich für eine bedingungslose Freilassung Chuns und Rohs ausgesprochen hatte, obwohl er selbst aus der Region Cholla stammt, in der Kwangju liegt, wo 1980 auf Befehl Chun Doo-hwans ein Bürgeraufstand blutig niedergeschlagen wurde. Kim Dae-jung wollte mit seinem Vorschlag die nationale Versöhnung fördern (und natürlich Stimmen gewinnen ...). Der NKP-Kandidat Lee Hoi-chang suchte nachzusetzen, auch er forderte eine baldige Freilassung der beiden Expräsidenten. Aber Präsident Kim Young-sam lehnte es ab, eine Begnadigung vor dem Erntedankfest (*chusok*, 16. September) auszusprechen, zugleich aber machte er in einem Privatgespräch mit Lee deutlich, daß er „noch irgendwann in seiner Amtszeit eine Amnestie erwägen müsse“ (*Newsreview*, 6.9.97:6-7). Diese ablehnende Haltung Kims war ein Schlag für Lee, der gehofft hatte, mit seinem Vorstoß weiteren Rückhalt in konservativen Gruppen der NKP/GNP und unter Wählern zu finden, die mit Chun und Roh sympathisierten, vor allem in der Provinz Nord-Kyongsang und in Taegu (ebd.:6,8).

Die Bevölkerung war hinsichtlich der Behandlung der inhaftierten Expräsidenten entlang den Provinzgrenzen gespalten; in den Diskussionen zeigte sich wieder der unselbige Regionalismus, der noch heute die südkoreanische Politik belastet. Zwar hatte Kim Dae-jung, der Cholla-Mann, als erster eine Amnestie gefordert, aber seine Landsleute in der Heimatregion lehnten sie mehrheitlich ab; noch immer wirkte die blutige Niederschlagung des Kwangju-Aufstandes nach. Dagegen sprachen sich die Bewohner der beiden Kyongsang-Provinzen, der Heimatregion der zwei Expräsidenten, für eine schnelle Freilassung aus (ebd.:7).

Am 22. Dezember wurden die beiden verurteilten Expräsidenten als „Versöhnungsgeste“ auf freien Fuß gesetzt und erhielten ihre bürgerlichen Ehrenrechte wieder; Chun und Roh hatten trotz der Höhe ihrer Strafmaße nur zwei Jahre hinter Gittern verbracht (*Mainichi Shimbun*, 22.12.97). Die Freilassung war zwischen dem scheidenden Präsidenten Kim Young-sam und seinem gewählten Nachfolger Kim Dae-jung endgültig beschlossen worden und wurde von den großen Parteien einhellig begrüßt, Menschenrechtsgruppen und Bürgerrechtler übten scharfe Kritik, wobei sie - ganz koreanisch - vor allem die fehlenden Entschuldigungen der beiden Verurteilten anmahnten. Auch wurde heftig kritisiert, daß zwar die beiden Expräsidenten freigelassen worden seien, daß aber Präsident Kim Young-sam sich nicht bereit gefunden habe, politische Gefangene aus der Regierungszeit der beiden ebenfalls zu

amnestieren (*Japan Times, Süddeutsche Zeitung/SZ*, 23.12.97), das um so mehr, als 17 Mitangeklagte ebenfalls auf freien Fuß kamen und sechs andere mit Bewährungsstrafen ihre bürgerlichen Ehrenrechte zurückerhielten (*Newsreview*, 27.12.97:8).

4 Kim Dae-jungs politische Zielvorstellungen

Am 25. Februar 1998 wurde Kim Dae-jung in sein Amt eingeführt und als Präsident vereidigt; zum ersten Mal trat ein kompromißloser Kämpfer der Opposition gegen drei diktatorische Präsidenten dieses Amt an. Zwar gehörte auch sein Vorgänger Kim Young-sam jahrelang zur Opposition, aber Ende der 80er Jahre ging er ein bedingungsloses Bündnis mit den politischen Kräften ein, die ihn lange verfolgt hatten, nur so konnte er Präsident werden. Auch DJ verbündete sich mit einem Vertreter der unseligen Vergangenheit, mit einem führenden Repräsentanten politischer Unterdrückung, aber dadurch konnte er zumindest teilweise das alte Übel regionaler Feindschaften überwinden und wirklich zu einem Präsidenten der Mehrheit der Koreaner werden, ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu mehr Demokratie. Der neue Präsident nannte seine Regierung eine „Regierung durch das Volk“. Mit Recht konnte Kim versprechen, daß es unter ihm „keine Regierung einer Region und Diskriminierungen gegen andere Regionen“ geben werde (Inauguralrede, *Korean Overseas Information Service* 98-2, 24.2.98:5). Als Versöhnungsgeste war es zu verstehen, daß bei der Vereidigung nicht nur DJs unmittelbarer Vorgänger Kim Young-sam anwesend war, sondern auch die Expräsidenten Chun Doo-hwan und Roh Tae-woo (*Newsreview*, 28.2.98:7).

In seiner ersten Rede als Präsident betonte Kim weiter, daß er sein Amt in einer Zeit der schwersten Krise antrete, er appellierte an den Opferwillen der Bevölkerung und rief die Koreaner auf zusammenzustehen. Er ließ keinen Zweifel offen, daß Belastungen auf die Bevölkerung zukommen würden: Verbraucherpreise werden steigen, die Arbeitslosigkeit wird 1998 anwachsen, Einkommen werden sinken, eine wachsende Zahl von Unternehmen wird bankrott gehen, und „alle werden Schweiß und Tränen vergießen“ (Inauguralrede, *Korean Overseas Information Service* 98-2, 24.2.98:3; *Mainichi Shimbun*, 25.2.98). Aber auch von Optimismus und Realismus gleichermaßen gegenüber den wirtschaftlichen und finanziellen Belastungen Koreas war die Rede geprägt; der Präsident sagte voraus, daß in der zweiten Hälfte 1998 ein Ende der Krise sichtbar werden würde, wenn „sich ein Pfad zu neuer Vitalität öffnen“ würde (*Newsreview*, 28.2.98:6). Kim rief die Oppositionsparteien auf, einen politischen Waffenstillstand zu akzeptieren und gemeinsam mit den Regierungsparteien an der Lösung der Krise zu arbeiten. Die Opposition wies dieses Angebot schon im Vorfeld der Rede zurück und warf dem Präsidenten den Fehdehandschuh hin, als die GNP eine Parlamentssitzung boykottierte, auf der Kim Jong-pil nach Absprache zwischen NCNP und ULD zum Regierungschef bestimmt werden sollte; die GNP lehnt ihn ab (*Newsreview*, 7.3.98).

Zwei Hauptziele hat die Reformpolitik Kims: Lösung der Finanzkrise und grundlegende Reformen der mächtigen Unternehmenskonglomerate, der *chaebôl*; schon Tage vor seiner Amteinführung hatte sich der angehende Präsident mit den Führern der wichtigsten Konglomerate getroffen und ihnen bei einem Essen scharf ins Gewissen geredet: "The assembled owners of the *chaebôl* must have felt like the main course ..." (FEER, 19.2.98:61). Als Signal an die *chaebôl* war die Ernennung Lee Tae-dongs zum Wirtschaftsberater gedacht; Lee gilt als scharfer Kritiker der Unternehmensgruppen (KEW, 9.3.98). Schon vor seinem Amtsantritt hatte der Präsident die *chaebôl* unter Druck gesetzt und ihnen Reformunwilligkeit vorgeworfen, die bisher von den Unternehmensgruppen vorgelegten Reformentwürfe reichten bei weitem nicht aus. Die *chaebôl*-Führer hatten in einem Gespräch mit Kim Dae-jung einige wichtige Reformen zugesagt: Sie wollten Managementsysteme transparent machen, Buchführung und Rechnungslegung internationalen Standards anpassen und vor allem die verbreitete Praxis der gegenseitigen Kreditgarantien zwischen Unternehmen derselben Gruppe beenden. Die *chaebôl* wollten weiter ihre Finanzsituation stabilisieren, indem sie die Rate von Verschuldung-Kapitalausstattung verbessern, marginale Unternehmen verkaufen und sich auf die Kerngeschäftsbereiche konzentrieren (Newsreview, 17.1.98:6; Inauguralrede:6). ULD-Chef Park Tae-joon, der Gründer von Pohang Steel, nutzte seine privaten Kontakte zu *chaebôl*-Bossen, um sie zu schnellen Reformmaßnahmen zu drängen (Newsreview, 24.1.98:9). Gegenüber ausländischen Medienvertretern bestritt der Präsident, daß die *chaebôl* sich den Reformmaßnahmen widersetzen, er bestritt auch, daß die Regierung Druck ausübe, man wolle mit „gesetzlichen Maßnahmen“ Reformen einleiten (Interview mit Kim Dae-jung, FEER, 26.3.98:13).

In unmittelbarem Bezug zu Reformanstrengungen in den *chaebôl*-Gruppen stand das andere Hauptziel der Politik Kim Dae-jungs: die Lösung der Verschuldungsfrage nach außen und innen. Den ersten Erfolg konnte der gewählte Präsident schon vor seinem Amtsantritt erzielen: Die 13 wichtigsten ausländischen Gläubigerbanken waren bereit, bis März 1998 rund 24 Mrd. US\$ kurzfristige Verbindlichkeiten zu prolongieren. Der IWF sagte ca. 57 Mrd. US\$ als Finanzspritze zu, aber die Bedingungen, die daran geknüpft waren, fielen so harsch aus, daß Präsident Kim in seiner Antrittsrede Opferbereitschaft von seinen Landsleuten forderte. Verschärft wurde die Lage noch durch die hohe Inlandsverschuldung vieler koreanischer Unternehmen; diese Verbindlichkeiten werden auf 400 Mrd. US\$ veranschlagt, mehr als doppelt so hoch wie die geschätzten Auslandsschulden (KEW, 9.3.98). In seinen Anstrengungen für wirtschaftliche Reformen muß Kim auch mit tief sitzenden Ressentiments seiner Landsleute fertigwerden, die in dem IWF-Hilfspaket vor allem ein ausländisches (amerikanisches) Diktat sehen und mit xenophobischer Sensibilität reagieren (Interview mit Kim Dae-jung, FEER, 26.3.98:13).

In der „Nordpolitik“ wollte Kim mehr Flexibilität praktizieren; sein Programm hieß Aussöhnung und Kooperation, obwohl die Nominierung eines Hardliners zum Wiedervereinigungsminister nicht dafür sprach. In seiner Antrittsrede jedenfalls schlug er erneut den Austausch von Sondergesandten beider Korea (dieser Vorschlag

ruhte seit 1992) und ein Gipfeltreffen vor. Er drängte auf Familienzusammenführung, wollte Südkoreanern ermöglichen, nordkoreanische Radiosendungen zu hören, und privaten Firmen größere Investitionen im Norden gestatten. Trotz der finanziellen Probleme wollte Kim den Finanzierungsanteil Südkoreas an den Leichtwasserreaktoren im Norden beibehalten (*The Economist*, 28.2.98:65). Drei Säulen sollte seine Nordpolitik haben: Aussöhnung, Austausch und Kooperation sowie Gewaltverzicht. Zugleich nannte er drei Prinzipien dieser Nordpolitik, deren sich die nordkoreanische Führung bewußt sein müsse: 1. Bewaffnete Provokationen werden nicht geduldet; 2. Südkorea hat nicht die Absicht, Nordkorea zu unterminieren oder zu absorbieren; 3. der Süden wird aktiv auf Aussöhnung und Kooperation in allen Bereichen hinarbeiten (Inauguralrede:9-10). Kommentatoren in Seoul bezeichneten Kim schon als „koreanischen Willy Brandt“ (*Newsreview*, 10.1.98:10). Aber Kim war auch vorsichtig bis skeptisch, was unmittelbare Maßnahmen in Richtung Vereinigung betraf; er bezeichnet eine Vereinigung zum gegenwärtigen Zeitpunkt als „nicht praktikabel und unwahrscheinlich“, zuerst sollten Kooperation und Austausch kommen (Interview mit Kim Dae-jung, *FEER*, 26.3.98:14). Die Ernennung des Hardliners Kang In-duk zum Vereinigungsminister wertete der Präsident als Möglichkeit, seine Wiedervereinigungspolitik auch konservativen Südkoreanern zu vermitteln; im übrigen sei er sicher, daß Kang bedingungslos seine Nordpolitik stützen werde (ebd.).

Ebenfalls als Geste der Aussöhnung war die Amnestie zu werten, die Kim Dae-jung im März 1998 erließ. Betroffen waren rund fünf Millionen Straftäter, die vor allem wegen kleinerer Vergehen, meist Verkehrsdelikte, verurteilt worden waren. Viele Häftlinge, die wegen geringerer Delikte einsaßen, wurden auf freien Fuß gesetzt, aber auch 2.000 Schwerekriminelle kamen frei. Ausgenommen von der Amnestie waren Verurteilte, die wegen Wahlvergehen einsaßen oder in Korruptionsskandalen verwickelt waren. Von den 41 politischen Gefangenen, deren Freilassung Amnesty International gefordert hatte, kamen nur 22 auf freien Fuß oder erhielten Strafmilderung, 74 andere politische Gefangene wurden aber begnadigt. Wiederum von der Amnestie ausgeschlossen blieb der 69jährige Nordkoreaner Woo Yong-gak, der seit 40 Jahren in Einzelhaft sitzt (*The Economist*, 21.3.98:74; AP/Reuters/SZ, 15.3.98).

Kim Dae-jung will die „Korea, Inc.“ in eine effiziente, saubere Maschinerie umbauen, aber eine Reihe massiver Hindernisse liegen ihm dabei im Weg:

- Ein konservativer Koalitionspartner mit festen Bindungen an die alte politische Klasse,
- eine Parlamentsmehrheit der Opposition,
- ablehnende Untätigkeit der Bürokratie gegen Deregulierungsmaßnahmen,
- fortdauernde Korruption in Regierung und Gesellschaft,
- voraussehbare Entlassungen in großem Stil und das Risiko zunehmender Militanz der Gewerkschaften,

- heftige Widerstände der *chaebôl* gegen Umstrukturierungsmaßnahmen,
- Unfähigkeit der Banken, Buchführung und Rechnungslegung in Unternehmen internationalen Standards anzupassen (*FEER*, 12.3.98:19).

4.1 Personalentscheidungen und Beruhigendes für Kim Young-sam

Bezeichnend waren die ersten Personalentscheidungen des gewählten Präsidenten: Zum Ersten Sekretär seines Stabes ernannte Kim Dae-jung den ehemaligen Abgeordneten Kim Joong-kwon, der früher enger Berater des Expräsidenten Roh Tae-woo und stellvertretender Generalsekretär der Demokratischen Gerechtigkeitspartei war. Kim Joong-kwon hatte für DJ in den beiden Kyongsang-Provinzen den Wahlkampf organisiert, wo die „alten“ Regierungsparteien traditionell ihre Hochburgen hatten. Beobachter werteten diese Personalentscheidung Kims als Signal, daß der gewählte Präsident Politikerpersönlichkeiten berufen wollte ohne Rücksicht auf ihre regionalen oder früheren politischen Bindungen (*Newsreview*, 3.1.98:4). Kim Dae-jungs erklärtes Ziel, die Regierungsorganisation zu straffen, fand zumindest teilweise Ausdruck in der Tatsache, daß die Zahl der Ministerien von 23 auf 17 reduziert wurde; die beiden Posten stellvertretender Ministerpräsidenten für Wirtschaft und Vereinigungsfragen wurden gestrichen. Im Gegensatz zu Kims Vorstellungen, daß alle Nominierungen für Spitzenpositionen in der Regierung einer Anhörung durch das Parlament unterliegen sollen, wurde für das erste Kabinett unter Präsident Kim dieser Schritt nicht getan (*Newsreview*, 21.2.98:7).

Kurz vor seiner offiziellen Amteinführung suchte der gewählte Präsident seinen Vorgänger Kim Young-sam zu beruhigen: Bei einem Treffen der beiden Kims wünschte DJ dem scheidenden Präsidenten eine „friedliche“ Zeit nach der Präsidentschaft; er dankte Kim Young-sam für seine Bemühungen, die Neutralität der öffentlichen Verwaltung während des Wahlkampfes zu gewährleisten, und versicherte nach Auffassung von Beobachtern, daß er keine Untersuchungen gegen Kim Young-sam persönlich einleiten werde. Er bekräftigte auch in seiner Antrittsrede, daß er „keine Vergeltung“ suchen werde (*Newsreview*, 28.2.98:7). Diese Vermutung lag nahe, da DJ betont hatte, er werde gegen hochrangige Vertreter der scheidenden Regierung Untersuchungen in die Wege leiten, um die für die Finanzkrise Verantwortlichen zu ermitteln. Das Board of Audit and Inspection (BAI, Rechnungshof) untersucht bereits das Verhalten von Mitarbeitern und Beratern Kim Young-sams; es wird erwartet, daß das BAI auch Kim einen Fragebogen zustellen wird (*Newsreview*, 21.2.98:8-9). Am 10. März stellte das BAI Kim Young-sam einen Fragebogen zu; darin wurde er ersucht, zu den Ursachen der Wirtschafts- und Finanzkrise Stellung zu nehmen. Das BAI wollte vor allem Aufklärung über die Frage, wann Kim Klarheit über das Ausmaß der Krise erhielt, welche Spitzenpolitiker ihn darüber informierten und warum es zu Verzögerungen bei dem Ersuchen um Unterstützung des IWF kam (*KH*, 12.3.98).

Die Amtszeit Kim Dae-jungs begann mit Konflikten um seine Regierungsmannschaft; die Mehrheitsfraktion der GNP im Parlament lehnte die Ernennung Kim Jong-pils zum Ministerpräsidenten ab (s.u.). Die Regierungsmannschaft wies ein sorgsam ausbalanciertes regionales Gleichgewicht auf: Je fünf stammten aus den Cholla-Provinzen und aus der Kyongsang-Region. Zum ersten Mal gibt es damit im Kabinett ein Gleichgewicht zwischen Südwest- und Südost-Provinzen (*Newsreview*, 7.3.98:7). Von den 17 Ministern des neuen Kabinetts stammten 12 aus NCNP und ULD; der wichtige Posten des Ministers für Wirtschaft und Finanzen (MOFE), der vor allem für die Bekämpfung der Krise zuständig sein wird, fiel an den ULD-Politiker und Wirtschaftsprofessor Lee Kyu-sung. Kritiker werfen ihm vor, daß er schon unter Roh Tae-woo 1988-90 Finanzminister war und in dieser Zeit eine unsolide Finanzpolitik betrieben habe. So sei er verantwortlich gewesen für eine Schwächung der Wertpapierhäuser und Investmentfonds 1989 (*KH*, 4.3.98; *FEER*, 12.3.98:19). Der NCNP-Abgeordnete Park Chung-soo übernimmt das neu geschaffene Außen- und Handelsministerium (*KH*, 4.3.98; *dpa/AFP/SZ*, 4.3.98). Rätselhaft ist die Ernennung Kang In-duks zum Wiedervereinigungsminister; Kang gilt als Hardliner gegenüber Nordkorea, er gehörte als Nordkorea-Experte zur KCIA und war entschieden gegen Nahrungsmittellieferungen Südkoreas an den Norden. Die Ernennung Kangs widerspricht der Ankündigung Kims, gegenüber dem Norden eine Politik der Aussöhnung und Zusammenarbeit zu betreiben (*FEER*, 12.3.98:19).

Von weitreichender Bedeutung für die innenpolitische Konfrontation zwischen NCNP/ULD und GNP war die Ernennung Lee Jong-chans zum Chef des Sicherheitsdienstes NSP (*KH*, 5.3.98). Lee war Vorsitzender des Übergangskomitees, das die Übergabe der Präsidentschaftsgeschäfte von Kim Young-sam an Kim Dae-jung abwickelte. Bereits Ende Februar hatte er angedeutet, daß er NSP-Chef werden würde (*Newsreview*, 21.2.98:10). Lee arbeitete für den Geheimdienst, bevor er in die Politik ging. Als neuer NSP-Chef kündigte er an, daß die NSP bei der Staatsanwaltschaft Klage gegen GNP-Politiker erheben werde, die im Dezember eine Verleumdungskampagne gegen Kim Dae-jung angezettelt hatten; dabei hatten die GNP-Abgeordneten NSP-Quellen zitiert (*KH*, 12.3.98).

4.2 Stärkung der politischen Rolle des Regierungschefs? Noch nicht

In der Bündnisvereinbarung zwischen Kim Dae-jung und Kim Jong-pil war festgelegt worden, daß als erster Schritt auf dem Weg zu einem parlamentarischen Kabinettsystem die politische Rolle des Regierungschefs gestärkt werden sollte. Nach der Verfassung ist der Ministerpräsident die Nr. 2 in der politischen Hierarchie, aber de facto war er bisher nur ausführendes Organ des Präsidentenwillens - entsprechend häufig wurden die Regierungschefs auch ausgewechselt. Organisatorische Grundlage einer Stärkung der politischen Rolle des Regierungschefs wäre die Aufwertung des Amtes des Ministerpräsidenten zum Führungsinstrument des Regierungschefs gewesen. Aber nach ersten Reformentwürfen der Regierungspartei NCNP, die im Januar

und Februar auf einer außerordentlichen Sitzung des Parlaments vorgelegt wurden, schien statt dessen die Macht des Präsidenten noch weiter gestärkt, und damit war nicht nur ein Konflikt mit der GNP vorprogrammiert, sondern auch eine Verstimmung zwischen den Partnern NCNP und ULD. Die geplante Mammutbehörde, die in Zukunft als Wachhund Banken, Wertpapierhäuser und Versicherungen kontrollieren wird, sollte gemäß dem ersten Entwurf dem Amt des Ministerpräsidenten unterstellt werden, nachdem ursprünglich die Behörde dem Wirtschafts- und Finanzministerium (MOFE) zugeordnet werden sollte; jetzt wird sie dem Präsidialamt zugeordnet. Kim Dae-jung unterstrich seine Bereitschaft, die politische Rolle des Präsidenten zu beschneiden, durch die Nominierung seiner höchsten Berater, der Präsidialsekretäre, die sämtlich keine gestandenen Politiker waren; überdies wurde die Zahl der Sekretäre von elf auf sechs reduziert. In der Besetzung der Sekretärsposten, also der höchsten Berater Kims, spiegelt sich ein regionaler Proporz wieder; die Profile der Sekretäre unterstreichen, daß Fachkenntnisse und nicht politischer Einfluß ausschlaggebend waren. Berater für Wirtschaftspolitik wurde Kim Tae-tong, erklärter Gegner der *chaebôl* (*Newsreview*, 14.2.98:7).

Aber Kim Dae-jung hat nicht radikal mit der Gepflogenheit gebrochen, in Schlüsselpositionen enge Vertraute zu bringen, die meist aus der eigenen Heimatregion stammen, das gilt vor allem für den Bereich der inneren und äußeren Sicherheit: Die Leiter der Schlüsselinstitutionen Board of Audit and Inspection (Rechnungshof)⁶, der Staatsanwaltschaft und der Polizei sowie der Justizminister stammen aus der Region Cholla, ebenso der Verteidigungsminister; drei Vizedirektoren der NSP im Range von Vizeministern (Staatssekretäre) kommen aus Cholla. Daraus wird erkennbar, daß Kim die Kontrolle über die wichtigsten innenpolitischen Machtinstrumente in der Hand behalten will. Dagegen wurden wirtschaftspolitisch relevante Positionen vor allem mit Persönlichkeiten besetzt, die aus den Hochburgen Kim Jong-pils und der ULD stammen (*Newsreview*, 14.3.98:8).

Am härtesten entlud sich der Konflikt zwischen der parlamentarischen Mehrheitspartei GNP, dem NCNP und den ULD an der Frage, welche Institution den Staatshaushalt plant und ausarbeitet. Kim Dae-jung wollte grundsätzlich die Aufstellung des Staatshaushalts dem MOFE entziehen und dem Präsidialsekretariat zuordnen, das damit eine zentrale wirtschaftliche Planungsfunktion erhalte und andere Behörden und Ministerien effektiver kontrollieren könnte; Vorbild war das amerikanische Office of Management and Budget (*The Economist*, 28.2.98:65). Die GNP war strikt gegen diese Stärkung des Präsidenten und wollte die Budgetarbeit beim MOFE belassen. Der Kompromiß, der in letzter Minute (vor Ablauf der a.o. Parlamentssession) verabschiedet wurde, sieht ein sehr komplexes Verfahren zur

⁶ Chef des Rechnungshofes wurde Hahn Seung-hun, ein alter Kampfgefährte Kims; er war Strafverteidiger DJs 1976 und einer der führenden Köpfe der Demokratiebewegung. Unter Park Chung-hee und während der Regierungszeit Chun Doo-hwans war Hahn jahrelang inhaftiert. Zu seinen Aktivitäten zählte der Vorsitz von Amnesty International Korea und des Korean National Council of Churches (*KH*, 24.2.98).

Aufstellung und Umsetzung des Haushalts vor: Ein Haushaltskomitee mit Planungsaufgaben unter Leitung eines Kabinettsministers wird dem Präsidentialamt zugeordnet; es soll Leitlinien für den Haushalt formulieren sowie finanzielle und administrative Reformen ausarbeiten (*Newsreview*, 21.2.98:6-7). Ein Budgetbüro unter Leitung eines Vizeministers wird beim MOFE angesiedelt und soll die Haushaltsformulierung, Umsetzung und Überwachung übernehmen, eine klare Stärkung des MOFE. Die Fair Trade Commission (FTC, Kartellbehörde) ist bereits beim Amt des Regierungschefs angesiedelt; das Informationsministerium wird wahrscheinlich aufgelöst, und seine Aufgaben werden ebenfalls dem Amt übertragen (*Newsreview*, 10.1.98:8-9). Die Zuständigkeit für den Außenhandel wird dem Ministerium für Handel, Industrie und Energie entzogen und dem Außenministerium zugewiesen. Eine neu zu schaffende Personalbehörde wird ebenfalls dem Präsidialsekretariat unterstellt (*Newsreview*, 31.1.98:8). Erweiterte Machtbefugnisse des Ministerpräsidialamtes hätten vor allem Politikern der ULD genutzt, die in der Bündnisvereinbarung mit dem NCNP 50% der Regierungspositionen zugestanden bekamen - für Konfliktstoff angesichts des Machtzuwachses für den Präsidenten und der Größenverhältnisse zwischen beiden Parteien war also von Anfang an gesorgt, der Konflikt mit der GNP im Parlament war ohnehin unvermeidlich. Präsident Kim hatte bereits deutlich gemacht, daß er mit dem Regierungschef und den Ministern nicht wie bisher über sein Präsidialsekretariat sprechen wolle, sondern direkt, was zu Kompetenzkonflikten führen könnte.

Auf der a.o. Parlamentssitzung Januar/Februar 1998 wurden 18 Wirtschaftsgesetze verabschiedet, die bei konsequenter Anwendung zu Umbrüchen im koreanischen Wirtschaftssystem führen könnten: Es ging vor allem um die Legalisierung von Entlassungen und die Möglichkeit für ausländische Unternehmen, koreanische Firmen im *hostile takeover* zu übernehmen. Unternehmen können jetzt auch gegen den Einspruch der Betriebs- bzw. Unternehmensgewerkschaft Arbeitskräfte entlassen, wenn es sich um „einen Notfall“ handelt, also z.B. bei Fusionen oder Firmenerwerb (M&A); die Verabschiedung dieses Gesetzes wurde möglich, nachdem sich Gewerkschaftsvertreter, Unternehmer und Regierung verständigt hatten (*Newsreview*, 24.1.98:8-9); der IWF hatte ein solches Gesetz als Voraussetzung für die Bereitstellung eines Hilfspakets von 57 Mrd. US\$ gefordert. Nach dem neuen Recht können Entlassungen vorgenommen werden; die betroffenen Mitarbeiter sind 60 Tage vorher zu informieren, und das Arbeitsministerium muß in Kenntnis gesetzt werden. Im Gegenzug dürfen die Gewerkschaften Parteien gründen, Lehrer dürfen sich gewerkschaftlich organisieren, während die Regierung einen Arbeitslosenfonds mit 5 Billionen Won (3,2 Mrd. US\$) einrichten wird und Unternehmer gehalten sind, entlassene Mitarbeiter wieder einzustellen, wenn es die Lage erlaubt. Immerhin ging es um etwa eine Million Arbeitsplätze, die als redundant galten, das wären 12% aller koreanischen Arbeitskräfte (*FEER*, 29.1.98:18).

Der Gewerkschaftsverband Korean Confederation of Trade Unions (KCTU) trat anschließend von dieser Vereinbarung mit der Begründung zurück, die KCTU-Delegierten hätten kein so weitreichendes Mandat gehabt; daraufhin trat die KCTU-

Spitze zurück. Massenstreiks gegen die Möglichkeit umfangreichender Entlassungen wurden angekündigt, aber die Regierung blieb hart und drohte mit rigorosen Maßnahmen gegen wilde Streiks. Angesichts fehlender interner Unterstützung für solche Aktionen und der überwiegenden Ablehnung in der Öffentlichkeit sagte der KCTU die Streiks in letzter Minute ab, und die Vereinbarungen konnten in Kraft treten (*FEER*, 19.2.98:61). Daran änderten auch die sporadischen Streiks von Arbeitern der Hyundai-Werke, die mehrheitlich zum KCTU gehören, nichts (*IHT*, 27.1.98).

5 Der Übergang von Kim Young-sam zu Kim Dae-jung: DJ übernimmt die Regierung schon vor seinem Amtsantritt

Alle politisch Verantwortlichen, vor allem Kim Dae-jung selbst, waren sich einig, daß sich das Land angesichts der Wirtschaftskrise und der harten Forderungen des IWF zur Bekämpfung dieser Krise kein Interregnum bis zur Amtseinführung DJs leisten konnte. De facto übernahm „der Bürger“ Kim Dae-jung schon Ende Dezember/Anfang Januar einen wesentlichen Teil der Entscheidungen im politischen Prozeß: Er brachte die Gewerkschaften zum Einlenken bei gelockerten Verfahren für Entlassungen, wie es der IWF gefordert hatte, er trotzte den *chaebôl*-Bossen Zusagen für Umstrukturierungsmaßnahmen ab, und erklärte die Bevölkerung mit schonungsloser Offenheit über die Härten auf, die im Rahmen der IWF-Maßnahmen zu erwarten waren. Schon im Dezember verteuerten sich Reis um 60%, Speiseöl um 56% und Kraftstoff um 32% (*FEER*, 29.1.98:18).

Besonders die *chaebôl*-Präsidenten trafen am 13. Januar mit einem angehenden Präsidenten zusammen, der sie mit ganz ungewohnter Schärfe attackierte: „Wir stecken in einer tiefen Krise ... das ist keine Naturkatastrophe oder gar eine ausländische Invasion ... wir haben uns in einen Ausgabenrausch mit geliehenem Geld gestürzt, und wir können uns nur selbst dafür verantwortlich machen.“ (Zitat ebd.). Kim griff eine Forderung der Gewerkschaften auf und verlangte von den *chaebôl*-Bossen, daß sie auch ihr persönliches Vermögen einsetzten, um die Unternehmensgruppen zu sanieren. Einer nach dem anderen fügte sich der Forderung: Lotte-Präsident Shin Kyok-ho setzte umgerechnet 10 Mio. US\$ seines Privatvermögens für Umstrukturierungsprojekte und Schuldentilgung ein; die Hyundai-Gruppe trennt sich von der unrentablen Tageszeitung *Munhwa Ilbo* und verzichtet auf Übernahme der kränkelnden Halla-Gruppe, die einem Onkel des Hyundai-Gründers Chung Mong-koo gehört und im November 1997 mit Verbindlichkeiten in Höhe von umgerechnet 4,02 Mrd. US\$ zusammenbrach; Hyundai verzichtet auch auf den Plan, Milliardenmittel in ein integriertes Stahlwerk zu pumpen (ebd.); die LG-Gruppe trennt sich bis 1999 von 90 marginalen Unternehmen und hofft so auf Einnahmen von 2,5 Billionen Won, die eingesetzt werden sollen, um die Schulden-Kapital-Quote auf 200% von den jetzt 350% zu senken. Dagegen zeigt sich Samsung unwillig, aus der Automobilproduktion zusammen mit Nissan auszusteigen; damit widersetzt sich Samsung offen den

Forderungen DJs, daß sich die *chaebôl* auf ihre Kerngeschäftsbereiche konzentrieren sollten.

Die laufenden Arbeiten der Amtsübergabe wurde von einem Übergangsteam abgewickelt, das von Lee Jong-chan geleitet wurde (heute Chef des Sicherheitsdienstes NSP). Neben den drastischen Umstrukturierungsmaßnahmen der *chaebôl* war es Hauptaufgabe des Teams, den öffentlichen Sektor zu entlasten; es war geplant, den Haushalt 1998 um 15% zu kürzen, dazu wurden Großprojekte wie der neue Flughafen Incheon storniert bzw. wie bei der Schnellbahnverbindung Pusan-Seoul zeitlich gestreckt. Die eingesparten Mittel sollen zur Finanzierung des Arbeitslosenfonds dienen, den Kim den Gewerkschaften zugesagt hatte. Die harten Einsparungsmaßnahmen, die Kim im Parlament durchsetzen konnte, verschafften dem noch nicht amtierenden Präsidenten einen ersten finanzpolitischen Erfolg: Die Gruppe der Gläubigerbanken stimmte einer Streckung der teilweisen Rückzahlung kurzfristiger Verbindlichkeiten bis nach März 1998 zu (*The Economist*, 31.1.98:63).

5.1 Konflikt um Kim Jong-pil

Das Wahlbündnis NCNP und ULD basierte auf der Vereinbarung, daß Kim Dae-jung gemeinsamer Präsidentschaftskandidat der beiden Parteien werden sollte, Kim Jong-pil (JP) im Gegenzug das Amt des Regierungschefs erhalten würde. Kim Dae-jungs erste Amtshandlung als Präsident war die Unterzeichnung der Ernennungsurkunde für Kim Jong-pil als Ministerpräsident für die Phase der feierlichen Amtseinführung (*Newsreview*, 28.2.98:10). Der Ehrenpräsident der ULD brauchte nun noch die Bestätigung durch das Parlament. Tagelang aber boykottierte die GNP die Abstimmung über die Regierungsmannschaft des Präsidenten und löste ein Machtvakuum aus. Erst mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung fand sich die GNP bereit, den Boykott aufzuheben. GNP-Chef Cho Soon forderte Kim dennoch auf, JP nicht zu benennen - oder den freiwilligen Verzicht JPs. Der Präsident lehnte das in einem Gespräch mit Cho ab und kündigte an, er werde JP zum „amtierenden/geschäftsführenden Regierungschef“ ernennen (*KH*, 28.2.98). JP dürfte erbittert über die Ablehnung durch die GNP gewesen sein, aber er ließ sich nichts anmerken, eine Gabe, die ihn auszeichnet, wie enge Berater sagen: Er schätzt es „to go by the flow“ (*Newsweek*, 9.3.98:24). Gerüchte besagten, daß Kim Dae-jung über eine Ablehnung JPs durch die GNP nicht ganz unglücklich gewesen wäre, da er nur ungern einen starken Regierungschef neben sich sähe, mit dem er die Macht (aufgrund der Absprache NCNP/ULD) teilen mußte (*KEW*, 9.3.98).

Im Parlament kam es wegen des Abstimmungsmodus über die Kabinettsliste und JPs Nominierung (geheim oder offen) zu turbulenten Szenen, so daß die Abstimmung schließlich ausgesetzt werden mußte (*KH*, 3.3.98). Nach dem Gesetz kann der Präsident nur Kabinettsmitglieder nominieren, die vom Ministerpräsidenten vorgeschlagen werden. Da JP noch nicht im Amt war, ließ Kim Dae-jung den scheidenden Regierungschef Koh Kun die Kabinettsliste vorschlagen (*KH*, 4.3.98). Angesichts

des heftigen Widerstandes der GNP gegen JP entschloß sich der Präsident zu einem politischen Alleingang und ernannte Kim Jong-pil zum „amtierenden“ Ministerpräsidenten (*KH*, 4.3.98). In einem Interview argumentierte DJ damit, daß JP über eine 60%ige Zustimmungsrage in der Bevölkerung verfügt und der Präsident also gar keine andere Wahl gehabt habe, als ihn zum Regierungschef zu machen; er werde weiter um Kooperation mit der Opposition werben (Interview mit Kim Dae-jung, *FEER*, 26.3.98:14). Die GNP bezeichnete das Vorgehen Kim Dae-jungs als illegal und beantragte eine einstweilige Verfügung beim Verfassungsgericht (*KH*, 11.3.98; Reuters/AFP/dpa/SZ, 11.3.98).

Der 79jährige Kim Jong-pil ist ein „Mann mit Vergangenheit“: Er war zusammen mit Park Chung-hee am Militärputsch von 1961 führend beteiligt, der Park an die Macht brachte (*KH*, 3.3.98); er gründete als enger Vertrauter Parks den berüchtigten Geheimdienst KCIA und war damit direkt verantwortlich für Verfolgungen, die Kim Dae-jung unter Park erleiden mußte und die sich unter Chun und Roh fortsetzten. Zwar hatte 1963 JP schon die Leitung des KCIA niedergelegt, aber zur Zeit der Entführung DJs aus Japan war er Regierungschef (1971-75). Präsident Kim rief die Oppositionspartei GNP auf, sich der Ernennung Kim Jong-pils nicht zu widersetzen, einen Streit um den Regierungschef könne man sich in der Wirtschaftskrise nicht leisten. Aber die Mehrheit der 165 GNP-Abgeordneten im Parlament mit 299 Sitzen war gegen Kim Jong-pil, dem sie seine Vergangenheit anlasteten, und sie bezweifelten, daß er über Wirtschaftserfahrung verfüge, die zur Lösung der Krise nötig sei (dpa/AP/AFP/SZ, 24.2.98).

6 Reform des Geheimdienstes?

Im Dezember 1997, vor und während des Wahlkampfes um die Präsidentschaft, hatte der Geheimdienst, die Agency for National Security Planning (NSP), versucht, durch manipulierte Zeugenaussagen und gefälschte Dokumente Kim Dae-jung enge Kontakte zu Nordkorea zu unterstellen. Dazu lancierte die NSP einen angeblichen Glückwunschbrief eines südkoreanischen Pastors, der nach Nordkorea gegangen war. Dieser Brief an DJ war so abgefaßt, daß er enge Beziehungen Kims zu dem Briefschreiber suggerierte.⁷ In Beijing wurde eine fingierte Pressekonferenz arrangiert, auf der ebenfalls enge Kontakte Kims mit dem Norden „offengelegt“ wurden. NSP-Chef Kwon gab bei Verhören zu, daß die NSP 200.000 US\$ an einen Mittelsmann (einen US-Koreaner) gezahlt hatte, der wiederholt von Nord- und Südkorea eingeschaltet worden war; er inszenierte die Pressekonferenz in Beijing, auf der

⁷ Es handelte sich um den ehemaligen Präsidenten der Religionsgruppe Chundogyo, Oh Ik-je, der im August 1997 nach Nordkorea gegangen war (*Korea Focus*, 5, 5, Sept.-Oct. 1997:163).

behauptet worden war, Kim habe aus Pyongyang Unterstützung erhalten, vor allem größere Geldmittel (*FEER*, 9.4.98:25).

Der gewählte Präsident nutzte diese Intrigen der NSP entschlossen, um ein weiteres Mal eine tiefgreifende Reform des Geheimdienstes zu versuchen. Schon Kim Young-sam hatte Reformen in Angriff genommen, aber der NSP-Apparat blieb weiterhin in den Händen von Beamten und Offizieren, die den alten politischen Kräften verpflichtet waren. Wie bedroht sich die „alte Garde“ im Geheimdienst durch die Reformanstrengungen Kims sah, schien der Selbstmordversuch des NSP-Chefs Kwon Young-hae zu belegen; er hatte unter Kim Young-sam drei Jahre lang die NSP geführt. Die GNP betrachtete Kims Versuche, die NSP zu reformieren und damit auch den Geheimdienst unter demokratische Kontrolle zu stellen, als unmittelbare Bedrohung: Sie fürchtete, durch den Skandal um Kwon und die unvermeidlichen Untersuchungen in die Nähe der „alten“ politischen Kräfte gerückt zu werden. Sprecher der GNP bezeichneten die Reformversuche als „Hexenjagd“ (*FEER*, 9.4.98:24). Die Reformaufgabe ist überaus schwierig, da nach Meinung der weitaus meisten Südkoreaner die NSP unentbehrlich für die innere Sicherheit des Landes ist. Angesichts der durchaus realen Bedrohung aus dem Norden erscheint eine effiziente Sicherheitsorganisation lebensnotwendig. Die südkoreanische Öffentlichkeit zögert nicht, dem Geheimdienst eine entscheidende Rolle bei der Verteidigung gegen Nordkorea zuzubilligen, daran ändert auch die ständige Einmischung des Geheimdienstes in die südkoreanische Innenpolitik nichts. So geht die Übereinkunft von 1972 zwischen Süd- und Nordkorea, alle Differenzen zwischen beiden Korea friedlich zu lösen, auf eine Initiative des damaligen Chefs der KCIA (Korean Central Intelligence Agency) zurück. Aber gerade Kim Dae-jung war jahrzehntelang Opfer von Unterdrückungsmaßnahmen der KCIA, und der Geheimdienst hat bisher bei allen Wahlen versucht, die Stimmung gegen DJ und seine Partei anzuheizen, indem Kim in die Nähe der nordkoreanischen Machthaber gerückt wurde und die Furcht vor einem Schlag aus dem Norden geschürt wurde.

Die Liste der (illegalen!) Einmischungen des Geheimdienstes in die südkoreanische Außen- und Innenpolitik ist lang:

- 1967 entführte die KCIA 30 Südkoreaner aus Frankreich, Deutschland und anderen europäischen Ländern; sie wurden der Spionage für Nordkorea beschuldigt. Heftige Proteste der Staaten, in denen die Entführungen stattgefunden hatten, führten zur baldigen Entlassung der Entführten.
- 1973 entführten KCIA-Agenten Kim Dae-jung aus einem Hotel in Tokyo, um ihn auf See zu ertränken; die USA und Japan verhinderten durch massiven Druck auf die südkoreanische Regierung dieses Attentat.
- 1974 und 1975 wurde der Geheimdienst in Zusammenhang mit dem ungeklärten Tod zweier Gegner des Regimes von Park Chung-hee gebracht.
- Im selben Zeitraum wurden acht Menschen hingerichtet, weil sie angeblich für Nordkorea spioniert hatten; zahlreiche Studenten wurden inhaftiert, weil sie an-

geblich einen Sturz Park Chung-hees geplant hatten. Beobachter glauben, daß die Vorwürfe und belastenden Materialien von der KCIA fabriziert wurden.

- 1979 verschwand der ehemalige KCIA-Chef Kim Hyung-wook in Paris; französische Behörden warfen dem KCIA vor, sie hätten Kim aus Rache liquidiert, weil er vor einem US-Kongreßausschuß gegen Park ausgesagt hatte.
- Einige Wochen später ermordete der damalige KCIA-Chef Kim Jae-kyu Präsident Park Chung-hee; er wurde hingerichtet. Für kurze Zeit übernahm Chun Doo-hwan die Leitung der KCIA und führte die neue Bezeichnung „Agency for National Security Planning“ ein (*FEER*, 9.4.98:25).

Die Aussagen Kwon Young-haes lieferten Präsident Kim die nötige Handhabe, um entschlossen gegen den Geheimdienst vorzugehen: Er setzte eine Reihe enger Vertrauter in Spitzenpositionen, darunter den Leiter des Vorbereitungskomitees zur Regierungsübernahme, Lee Jong-chan, als neuen Chef der NSP. Lee war bis Anfang der 80er Jahre selbst Mitarbeiter des Geheimdienstes. Seit März 1998 wurden mehr als 30 führende Beamte des Geheimdienstes entlassen; insgesamt sollen die ca. 7.000 Mitarbeiter (andere Quellen nennen bis zu 10.000 Mitarbeiter) (*Newsreview*, 28.3.98:8) um 20% reduziert werden. Die NSP verschlingt alljährlich enorme Mittel, ihr Budget erreicht ca. 730 Mrd. Won (530 Mio. US\$), d.h. ein Prozent des südkoreanischen Staatshaushalts, mehr als das Außenministerium erhält. Präsident Kim will eine organisatorische Straffung des Geheimdienstes erreichen und demokratische Kontrollinstanzen einsetzen. NSP-Chef Lee Jong-chan will innerhalb des Geheimdienstes drei oder vier Arbeitsgruppen bilden, um konkrete Reformen auszuarbeiten. Vordringliche Aufgabe ist dabei die Auflösung von Abteilungen in der NSP, die verdeckte innenpolitische Aktivitäten durchgeführt haben; die verantwortlichen Beamten sollen entlassen werden (*Newsreview*, 14.3.98:9). Kim und Lee wollen den Geheimdienst auf zwei Hauptaufgaben konzentrieren: die Sammlung internationaler Wirtschaftsinformationen und die Spionageabwehr (*Newsreview*, 28.3.98:8). Wie in der Vergangenheit des öfteren ist einer der ersten Schritte, die Reformwillen unterstreichen sollen, die Umbenennung des Geheimdienstes; gedacht ist vorläufig an „National Intelligence Agency“ (ebd.). Letztlich aber ist die Versuchung groß, die NSP für eigene Interessen zu nutzen. Auch Präsident Kim Young-sam war mit der erklärten Absicht angetreten, den Geheimdienst zu reformieren; gegen Ende seiner Amtszeit hat auch er ihn als Machtinstrument eingesetzt.

7 Nachwahlen als Menetekel für die Regierung?

Die Stimmenmehrheit der Opposition im Parlament hatte NCNP und vor allem ULD dazu bewogen, intensiv um „Überläufer“ aus den Reihen der GNP zu werben; dieses Werben war Ende März so verlockend geworden, daß die GNP-Führung fast zweifelt die Regierungsparteien anklagte und ihnen undemokratische Machenschaf-

ten vorwarf. Zwar hatten die Führungen der beiden Regierungsparteien immer wieder beteuert, sie wollten keine Abgeordneten aus der Opposition abwerben, aber natürlich war die Verlockung unwiderstehlich, das Stimmenübergewicht der Opposition durch Überläufer zu brechen. Die Sorge der GNP vor den Abwerbungsversuchen der Regierungsparteien war so groß, daß die GNP-Führung damit drohte, die Lokalwahlen vom Juni 1998 zu boykottieren, nachdem am 3. April drei führende GNP-Politiker die Partei verlassen hatten (KH, 4.4.98). Der erste und wichtigste Test für den Zusammenhalt der Opposition kam mit den Nachwahlen in Taegu, Kyongsang-pukto und Pusan; vier Sitze standen zur Wiederwahl an, und es mußte sich zeigen, ob hier die Opposition auseinanderfallen würde. Im Wahlkreis Talsong (Taegu) trat die Tochter des früheren Präsidenten Park Chung-hee, Park Keun-hye, an; sie hatte nach ersten Umfragen einen deutlichen Vorsprung vor dem NCNP-Kandidaten (Korea Times; 3.4.98; KH, 2.4.98).

Alle Wahlkreise lagen in Hochburgen der GNP, so daß keine sensationellen Ergebnisse erwartet werden konnten, dennoch werteten alle Parteien die Wahlergebnisse als ersten Test für die neue Regierung, vor allem aber auch als Indikator für die Trends in den bevorstehenden Lokalwahlen vom Juni 1998, die zum Prüfstein für alle Parteien werden dürften. Die Nachwahlen mußten auch unter dem Aspekt eines zunehmend verschärften Führungskampfes in der GNP gewertet werden: Der unterlegene Präsidentschaftskandidat und Ehrenpräsident der GNP, Lee Hoi-chang, drängte auf eine Wahl des Parteichefs, während Parteigruppen um den Parteichef Cho Soon eine offene Auseinandersetzung ablehnten und für eine „geschäftsmäßige“ Besetzung der Führung eintraten, weil sie eine Spaltung befürchteten - gute Wahlergebnisse in den Nachwahlen mußten diesen Konflikt entschärfen (KH, 1.4.98). Das Ergebnis der Nachwahlen war ein Triumph für die GNP: Alle vier Sitze fielen an die Oppositionspartei, wobei die Niederlage der ULD-Kandidaten in Nord-Kyongsang besonders schmerzlich war, galt die Region doch als Hochburg der ULD. Die Tochter des früheren Präsidenten Park Chung-hee, Park Keun-hae, erreichte 61,0% der Stimmen in Taegu und schlug damit den NCNP-Kandidaten um fast 30 Prozentpunkte aller abgegebenen Stimmen. Beobachter schrieben ihren Wahlerfolg dem zunehmend verklärten Bild ihres Vaters zu, der sich bei vielen Koreanern in der Rückschau vom harten Diktator zu einem strengen Politiker der Ordnung gewandelt hat (man denke daran, daß Rhee In-je sich mit ihm äußerlich zu identifizieren suchte) (KH, 4.4.98).

8 Ausblick

Der Wahlsieg Kim Dae-jungs läßt erwarten, daß sich die innenpolitische Landschaft Südkoreas verändert, wenn auch nicht so tiefgreifend, wie euphorische Sympathisanten des Siegers hofften; zu viele alte Akteure, die ihre „politische Sozialisation“ in einer Folge korrupter Regierungen erfahren haben, sind noch in einflußreichen

Positionen. Zweifelhaft ist auch, ob die Wähler durch ihre Wahlentscheidung wirklich bewußt den Wunsch ausdrückten, mit der traditionellen politischen Ordnung zu brechen (*Newsreview*, 20.12.97:9). Erste Veränderungen waren natürlich von politischen Positionswechseln im Parlament zu erwarten, die auch schon am Beginn des Taktierens um die Präsidentschaft gestanden hatten. Kim Dae-jungs NCNP verfügte nach der Wahl nur über 78 der 299 Sitze im Parlament und mußte also eine Werbekampagne für Parteiwechsler beginnen, denn nur mit einer stabilen parlamentarischen Mehrheit konnte DJ gemeinsam mit Kim Jong-pil seinen Plan verwirklichen, ein parlamentarisches Regierungssystem einzuführen. Die ULD Kim Jong-pils verfügten zwar über 43 Sitze, aber jede Verfassungsänderung benötigte die Stimmen von mehr als zwei Dritteln der Abgeordneten.

Es war zu erwarten, daß die GNP nach der Niederlage in heftige Fraktionskämpfe verwickelt werden würde. Drei Hauptgruppen beherrschten die GNP im Dezember 1997: Politiker der alten Führung aus den Zeiten der Demokratischen Gerechtigkeitspartei (die sog. Minjong-Gruppe), die Anhänger Kim Young-sams (Minju-Gruppe) und die Mitglieder der aufgelösten DP Cho Soons. Cho führte nach der Wahl die GNP mit ihren 165 Abgeordneten, aber er mußte mit starkem Widerstand gegen seinen Führungsanspruch rechnen, denn der Ökonom und ehemalige Bürgermeister Seouls verfügte nicht über langjährige parteipolitische Erfahrungen. Sicher am stärksten bedroht war die Partei Rhee In-jes, die NPP, deren acht Parlamentarier vom schlechten Abschneiden Rhees tief enttäuscht waren. In beiden Oppositionsparteien werden der NCNP und die ULD um Fraktionswechsler werben (*Newsreview*, 10.1.98:9).